Anzeigenpreise: [illegible]
Bei Wiederholungen Rabatt.
Inserate müssen zwei Tage vor Erscheinen der Zeitung in unseren Händen sein.

Volkswacht

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition: Danzig, Paradiesgasse 32.

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon: Redaktion 3795. Expedition 3290.

Die Volkswacht erscheint [illegible]
Bezugspreise:
In Danzig durch unsere Zweigstellen . . . . monatlich [illegible] vierteljährlich [illegible]
Durch die Post bezogen außerdem noch Zustellgebühr . monatlich 14 ₰
Einzelnummern . . . . 10 ₰
Postscheckkonto Danzig Nr. [illegible]

Nr. 175 | Freitag, den 1. August 1919 | 10. Jahrgang

Die Voraussetzung des Sozialismus.

Von der österreichischen Bruderpartei wurde eine kleine Broschüre des Genossen Dr. Otto Bauer herausgegeben: „Der Weg zum Sozialismus", deren Studium allen Genossen zu empfehlen ist. Wir bringen heute ein Stück aus dem Schlußkapitel, das besonders aktuell und infolge der Tatsache, daß Genosse Dr. Bauer dem linken Flügel der österreichischen Sozialdemokratie angehört, besonders eindrucksvoll ist.

Die erste Voraussetzung der Sozialisierung ist selbstverständlich der Friede. Keine der Maßregel, die wir erörtert haben, ist möglich, solange wir noch im Kriegszustand leben, solange unsere Grenzen noch nicht festgesetzt sind, solange das Meer noch nicht frei ist. Wir können zum Beispiel Vermögensabgabe nicht durchführen, solange wir nicht wissen, welche Gebiete zu unserem Staate gehören werden, solange wichtige Teile unseres Staatsgebietes von fremden Truppen besetzt sind und solange die Aufteilung der Kriegsanleihe auf die einzelnen Staaten noch nicht geregelt ist. Wir sind nicht frei, unsere Gesellschaftsverfassung nach unserem eigenen Willen, unabhängig von den herrschenden Klassen der Ententeländer, neuzugestalten, solange wir Lebensmittel und Kohle nicht **mit den Erzeugnissen unserer Arbeit bezahlen,** sondern nur auf Borg aus den Händen des Siegers zugeteilt bekommen können. Wir müssen zuerst wieder Frieden haben, die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen muß zuerst wieder frei werden, **unsere Maschinen müssen erst wieder in Gang gebracht werden,** wir müssen zuerst wieder zu arbeiten beginnen, damit wir nicht mehr von der Gnade des Siegers abhängig, nicht mehr seinem Willensangebot unterworfen, sondern frei sein, unsere gesellschaftlichen Verhältnisse nach unserem Bedürfnis und unserem eigenen Willen zu gestalten.

Friede und Arbeit sind die äußeren Voraussetzungen der Erfüllung unserer Aufgabe. Ihre innere Voraussetzung aber ist, daß das Volk, daß die **breiten arbeitenden Volksmassen in Stadt und Land die soziale Neugestaltung** wollen. Manche meinen freilich, es genüge, daß sich **ein paar tausend beherzte und tatkräftige Männer durch einen Handstreich der Staatsgewalt bemächtigen;** sie würden dann der breiten Masse des Volkes den Sozialismus dekretieren können. Aber das ist ein Irrtum. Denn wie könnte eine **kleine Minderheit,** die mit terroristischen Mitteln die breiten Volksmassen zur Unterwerfung unter ihren Willen zwänge, den **großen gesellschaftlichen Produktionsapparat verwalten?** Gewiß, auch sie könnte durch **erbarmungslosen Terror** die Kapitalistenklasse enteignen, auch könnte sie von irgendeiner revolutionären Zentralstelle aus den Produktionsapparat beherrschen. **Aber das würde ein bureaukratischer Sozialismus,** kein **demokratischer** sein; denn die revolutionäre Zentralstelle könnte die Fabriken und die Bergwerke und die Landgüter nicht anders regieren, als durch eine von ihr eingesetzte **Bureaukratie, deren Geboten ihre Armee Gehorsam erzwänge.** Wir aber wollen nicht einen bureaukratischen Sozialismus, der die Beherrschung des ganzen Volkes durch eine kleine Minderheit bedeuten würde. Wir wollen den **demokratischen Sozialismus,** das heißt die wirtschaftliche Selbstverwaltung des ganzen Volkes. Durch ein ganzes System demokratischer Organisationen soll das Volk sein Wirtschaftsleben selbst verwalten. Die **Arbeiterausschüsse** in den einzelnen Betrieben, die Mieterausschüsse in den einzelnen Miethäusern, die Gewerkschaften, Konsumvereine und die landwirtschaftlichen Genossenschaften, die Stadt- und Landgemeinden, die Verwaltungsräte der einzelnen Landgüter, die Bezirksagrarbehörden und ihre Beiräte, die Landeskulturräte und der Reichslandwirtschaftsrat, der Verwaltungsrat der nationalen Zentralbank und schließlich die Nationalversammlung und die aus ihr gebildete Regierung, das sind die wichtigsten Organisationen, die an die Stelle der Kapitalisten und der Grundherren treten, die Arbeitsmittel verwalten, die Arbeit leiten, das Wirtschaftsleben regeln werden. Ein solches System wirtschaftlicher Selbstverwaltung des Volkes setzt aber die werktätige Teilnahme, die freudige Mitarbeit der breiten Volksmassen voraus. **Es kann dem Volke** nicht **durch eine kleine Minderheit aufgezwungen werden, sondern nur aus dem eigenen Willen der arbeitenden Volksmassen hervorgehen.** Darum ist die erste Voraussetzung des Sozialismus, daß die breiten Massen des Volkes, daß die **Mehrheit des Volkes von sozialistischer Ueberzeugung erfüllt, vom Willen des Sozialismus beseelt ist.**

Aber freilich, der Weg zum Sozialismus, den wir beschrieben haben, ist nicht der einzig denkbare Weg. Der Sozialismus kann auch auf anderen Wegen kommen. Wenn unser Volk die Notwendigkeiten der Stunde nicht begreift, wenn sich die besitzenden Klassen dem Notwendigen und Unvermeidlichen widersetzen und die arbeitenden Volksmassen, beirrt und betört, ihr eigenes Interesse nicht erkennen und die politischen Machtmittel, die die demokratische Republik ihnen gegeben hat, nicht zu gebrauchen verstehen, dann würde der Sozialismus freilich auf andere Weise kommen: nicht als das Ergebnis planmäßig aufbauender Arbeit, sondern als die Folge eines furchtbaren Sturmes, der zuerst alles zerstört, alles vernichtet, damit dann auf den Trümmern der alten Welt eine neue erstehe. Käme der Sozialismus auf diesem Wege, **dann müßten wir alle ihn furchtbar teuer erkaufen: erkaufen mit Jahren des Bürgerkriegs, erkaufen mit ungeheuerlicher Zerstörung unserer Produktionsmittel,** erkaufen mit nach vielen Jahren gesteigerten Elends, mit noch viel schrecklicherer Not als die ist, die der Krieg über uns gebracht hat. Der Sozialismus ist zur geschichtlichen Notwendigkeit geworden; kommen wird er auf jeden Fall, fraglich ist nur, auf welchem Wege er kommen soll. Arbeiten wir alle daran, daß er komme, **nicht als das Ergebnis verheerender Katastrophen, sondern als die Frucht zielbewußter Arbeit!**

Neue Regierungsbildung?

Das „Berliner Tageblatt" teilt aus einer Unterredung mit dem Reichsminister Dr. David in Weimar mit: Der Minister sagte u. a.: „Die Gefahr einer dritten Revolution ist noch keineswegs gebannt. Im Gegenteil, wir müssen alles darauf einstellen, dieser Katastrophe vorzubeugen, und da scheint es mir dringend notwendig, rechtzeitig die parlamentarische Basis, auf der die Regierung ruht, so breit als möglich zu gestalten. Ich halte den nicht fernen Wiedereintritt der Demokraten in das Reichskabinett für überaus wünschenswert."

Wir können die Notwendigkeit einer Umbildung der Regierung nicht einsehen. Die wichtigsten Aufgaben hat die deutsche Regierung in der nächsten Zukunft auf dem Gebiet der Ernährungsfragen und der Sozialisierung zu leisten. Hierbei aber sind die Demokraten in der Regierung Scheidemann immer als Vertreter des Kapitals aufgetreten, so daß auf diesem Gebiet an ein ersprießliches Zusammenarbeiten in der nächsten Zukunft nicht zu denken ist. Bedauerlich ist, daß bei der jetzigen Regierungsbildung die Kulturfragen nicht in unserem Sinne erledigt werden und unsere Genossen haben alle Veranlassung, weitgehenden Ansprüchen des Zentrums entgege. .utreten. Das bei der zweiten Lesung der Verfassung beschlossene Schulkompromiß ist auch schon durch neue Verhandlungen geändert worden. Danach liegt nach der „Germania" die Bedeutung darin, daß nicht mehr wie bisher die drei im Entwurf vorgesehenen Schularten gleich berechtigt in der Reichsgesetzgebung nebeneinanderstehen, **sondern fortan die Simultanschule die Norm für die Schule darstellen wird.** Die anderen Schularten können nur, wo ein Verlangen der Erziehungsberechtigten es fordert, neben der Simultanschule eingerichtet werden. Sollte so eine für die Sozialdemokratie annehmbare Lösung der Schulfrage gefunden werden, so liegt gar keine Veranlassung zur Umänderung der jetzigen Regierung vor. Die wichtigsten Aufgaben der nächsten Zeit: Frieden, Arbeit und Brot werden sich bei einer anderen Zusammensetzung der Regierung nicht besser erledigen lassen.

Sowjet-Ungarns Ende.

Noch vor wenigen Tagen hatte Bela Khun eine große Siegesnachricht in die Welt hinausgehen lassen. Die Rote Armee sollte darnach einen großen Sieg erfochten haben. Nun zeigt es sich, daß dieser große Sieg tatsächlich erfochten ist, aber von Ungarns Feinden. Die Rote Armee flieht in voller Auflösung. Die Regierung in Budapest hat dann auch den wankenden Boden bemerkt und mit den Feinden Verhandlungen angeknüpft. Allerdings sträubt man sich noch etwas gegenüber den Forderungen der Entente und versucht die Sowjet-Macht noch von Entente-Gnaden für einige Zeit aufrechtzuerhalten. Aber schon sind an allen Grenzen Ungarns die kampfbereiten Heere der Entente aufmarschiert und damit dürften die Tage der proletarischen Diktatoren gezählt sein.

Das ist der letzte Akt der Tragödie des ungarischen Proletariats. Auch dieses wurde ein Opfer der bolschewistischen Wahnideen. Durch Schaffung einer starken Roten Armee glaubte Bela Khun, die äußeren Feinde besiegen zu können. Und das Beispiel Ungarns sollte in allen Ländern Europas die Weltrevolution entfachen. Die Armee versagte aber, als es galt, nicht nur gegen widerspenstige Bauern, sondern auch gegen die wohlausgerüsteten Heere der Franzosen, Tschechen, Rumänen und Serben zu kämpfen. Die Weltrevolution aber kam nicht. Die Arbeiterparteien in Frankreich und Italien machten zwar einige platonische Einwendungen gegen das Vorgehen ihrer Machthaber in Ungarn, aber damit war den Ungarn nicht gedient. An eine Nachahmung des russisch-ungarischen Experiments denkt in Frankreich, England und Amerika kein Mensch. Nur in Deutschland glaubten einige Narren ein bißchen Diktatur des Proletariats spielen zu können und machten einige Wochen die Münchner Räte-Tragikomödie. Die Demokratie ist auch der Weg, auf dem der Sozialismus die Welt erobern kann. Er ist weiter als der bolschewistische, aber er hat dafür auch nicht den wankenden Untergrund, der jetzt in Ungarn den Zusammenbruch herbeiführte. Hoffentlich lernen diejenigen daraus, die alles Heil von der „Diktatur des Proletariats" erwarten.

Man will uns aussperren.

Die französische Kammer verhandelte in der vorigen Woche die Interpellation des sozialistischen Abgeordneten Claussat über Maßnahmen, die die Regierung zu ergreifen gedenke, um die französische Industrie vor der Einfuhr deutscher Waren zu schützen und um dadurch gleichzeitig der französischen arbeitenden Klasse Schutz gegen die Arbeitslosigkeit angedeihen zu lassen. Der Abgeordnete wandte sich hauptsächlich gegen die Einfuhr von Solinger Artikeln, die um 300 Prozent billiger seien als französische gleichartige Produkte, sowie gegen die Einfuhr von Fahrrädern und photographischen Apparaten.

Der Handelsminister Clementel erklärte, daß während des Waffenstillstandes Waren aus dem besetzten Gebiet eingeschmuggelt wurden, daß er aber die freie Konkurrenz nicht ganz unterbinden könne; Er werde aber Maßnahmen ergreifen, um das Gleichgewicht zwischen den Produkten der deutschen und der französischen Industrie herzustellen. Clementel gab schließlich der französischen Industrie den Rat, ihre Herstellungsmethoden zu modernisieren und zu verbessern.

Die Kammer erklärte durch einfache Tagesordnung die Interpellation für erledigt. Der Abgeordnete Brousse erklärte im Laufe der Debatte, der Interpellant Claussat müsse doch als Sozialist Anhänger der Wiederaufnahme der Verbindungen mit Deutschland sein und zu gleicher Zeit die Aufhebung der Zollschranken vertreten. Ja er müßte, aber — — —

Die Sehnsucht nach dem Krückstock.

Die „Kreuzzeitung" weint bittere Tränen über die Sozialdemokratie, die einen neuen „Gewaltstreich gegen das Deutschtum" geführt habe: Der Arbeiterrat in Schneidemühl hat nämlich den Beschluß gefaßt, „daß Denkmäler ehemaliger Herrscher nicht aufgestellt werden dürfen". Die „Kreuzzeitung" aber stellt fest, daß sich dieser Beschluß einzig und allein gegen das Andenken des alten Fritz wendet, dessen Denkmal man von Bromberg nach Schneidemühl überführen wollte, und das nun dort nicht aufgestellt werden darf. Die „Kreuzzeitung" meint, daß sich der Name dieses Preußenkönigs bei den „Helden der jetzigen neuen Ordnung" einer ganz besonderen „Unbeliebtheit" erfreut, weil sein Name an ein Werkzeug erinnert, mit dem er zuchtlose Elemente zur Ordnung brachte, nämlich an seinen Krückstock. Und die Erinnerung daran soll den Predigern der Willkür und Disziplinlosigkeit höchst peinlich sein. Aus diesem Grunde wurde ihm auch nach Meinung der „Kreuzzeitung" in den Novembertagen 1918 der Krückstock an seinem Berliner Standbild aus der Hand geschlagen. Sie hält es weiter für sehr nötig, „daß die Erinnerung an den Krückstock des alten Fritz recht lebendig bleibt".

Wenn die Sehnsucht nach dem Krückstock, unter dem das deutsche und besonders das preußische Volk während der „glorreichen" Regierung der Hohenzollern schmachtete und von dem es sich endlich befreit hat, so groß ist, dann kann man die Prügelmethode des alten Fritz ja schließlich wieder einführen. Das Volk hat zwar keine Sehnsucht danach, aber es gibt Leute genug, die zur Räson gebracht werden müssen, und zwar sehr gründlich. — Das Volk hat während der langen Knechtschaft von seinen Vögten die Handhabung dieses Werkzeuges abgesehen und wird es sicherlich vortrefflich handhaben. Aber es verzichtet darauf, derartige barbarische Methoden des Regierens auszuüben, wenn es aber absolut sein muß — — — — —

Der internationale Gewerkschaftskongreß.

In der Nachmittagssitzung der Vorkonferenz des internationalen Gewerkschaftskongresses antwortete der Vorsitzende des alten internationalen Gewerkschaftsbundes, Legien, auf die von belgischer Seite gegen die deutschen und österreichischen Gewerkschaften erhobenen Vorwürfe und sagte: Die Deutschen seien nicht gewohnt, ohne irgend einen Erfolg ins Blaue hinein zu protestieren. Ein Protest der Führer der Gewerkschaften wäre ein papierner Protest, ohne irgendeine nützliche Wirkung gewesen, darum habe man ihn unterlassen. Außerdem sei es eine Tatsache, daß die Deutschen und auch die deutschen Arbeiter die Ueberzeugung gehabt hätten, einen **Verteidigungskrieg** für die Erhaltung ihres Landes zu führen. Unter diesen Umständen habe man von den deutschen Arbeitern nicht verlangen können, daß sie die Kriegskredite verweigerten; das wäre auf ein Im-Stich-Lassen des eigenen Vaterlandes hinausgelaufen. Der Friedensvertrag von Versailles beweise die Richtigkeit der Behauptung, daß die Deutschen einen Verteidigungskrieg, einen Krieg zur Erhaltung ihres Landes geführt hätten. Bei alle dem hätten die Führer der deutschen Gewerkschaften ihre Pflicht gegenüber der Internationale getan. Der Redner fragte, ob denn die englischen, französischen und italienischen Arbeiter gegen die Art, wie der Krieg von der Entente geführt wurde, protestiert hätten, dagegen, daß gegen Frauen, Kinder und Greise Krieg geführt worden sei. Die Deutschen gäben zu, daß **Belgien Unrecht** geschehen sei. Die Deportation sei die schändlichste Tat gewesen, die begangen werden konnte, aber die Belgier hätten selbst helfen können, diese Tat zu verhüten, wenn sie dem Aufruf der Deutschen Gehör geschenkt hätten und freiwillig nach Deutschland arbeiten gegangen wären; sie hätten aber gerade in dem Augenblick, in dem die belgische Gewerkschaftsbewegung Gelegenheit gehabt hätte, mit den Deutschen zusammenzuarbeiten, erklärt, daß sie mit den Deutschen nichts zu tun haben wollen. Es sei ein Unrecht geschehen, das die deutschen Arbeiter bedauerten, aber man könne von ihm und seinen Freunden nicht eine Erklärung verlangen, daß die deutschen Arbeiter an dem Kriege schuld seien; diese seien es ebensowenig wie die Arbeiter Englands, Frankreichs oder irgendeines anderen Ententelandes. Es gehe auch nicht an, die deutschen Arbeiter, die den Militarismus gestürzt hätten, als er dazu reif gewesen sei, die der kapitalistischen, imperialistischen und militärischen Regierung ein Ende gemacht und die damit die Grundlage für eine demokratische und sozialistische Regierung geschaffen hätten, für die Missetaten der früheren Regierung verantwortlich zu machen.

Hueber (Deutsch-Oesterreich) erklärte die belgischen Beschwerden für berechtigt, aber auch die österreichischen Arbeiter hätten schwer gelitten; sie seien buchstäblich in einen Zustand antiker Sklaverei geraten. Hueber sagte: Wir Oesterreicher sind davon überzeugt, daß in **Wien** die Lunte an das Pulverfaß gelegt wurde. Wir wissen nur noch nicht, **wer** der Verbrecher war und ob es nicht ihrer mehr als einer waren. Aber wir vertrieben die Missetäter aus unserem Lande. Wir Deutsch-Oesterreicher halten an dem Grundsatz Wilsons vom **Selbstbestimmungsrecht** der Völker fest und werden ohne Rücksicht auf politische Erwägungen an der Solidarität mit dem Deutschen Reich festhalten. Dazu brauchen wir aber die Solidarität der Arbeiter **aller** Länder. Es ist deshalb notwendig, daß durch die Vergangenheit ein roter Strich gezogen wird. Nur wer davon überzeugt ist, daß er in der Periode vor August 1914 und in der vom August 1914 bis zum Waffenstillstand **keinen** Fehler beging, darf Steine auf uns werfen!

Gompers (Vereinigte Staaten) erklärte u. a., er sei ebenso wie Hueber der Ansicht, daß durch die Vergangenheit ein roter Strich gemacht werden und daß man ein neues Kapitel beginnen müsse. Die amerikanische Gewerkschaftsbewegung werde nichts lieber sehen als das. Auch sie sei bereit, an dem Sieg der Demokratie mitzuarbeiten. Aber um das zu ermöglichen, brauche man Menschen, die tun können und wollten, was ihre Pflicht ist.

Appleton (England) protestierte gegen die Erklärung Legiens, daß der Krieg für die Deutschen ein Verteidigungskrieg gewesen sei. Dies sei er erst nach der Marne-Schlacht geworden.

Hierauf wurde von der **französischen** Delegation beantragt, eine Kommission zu ernennen, um eine Entschließung betreffend eine **neue Internationale** auf breiterer solidarischer Grundlage mit stärkeren Sicherheiten für die Zukunft aufzusetzen. **Jouhaux** (Frankreich) sprach die Ansicht aus, daß die Führer der deutschen Gewerkschaften nicht ihre Pflicht getan hätten. Wenn die Organisationen aller Länder stets gegen den Militarismus und den Imperialismus aufgetreten wären, so wäre der internationale Gewerkschaftsbund vielleicht stark genug gewesen, um den Krieg zu vermeiden. Auch er sei der Ansicht, daß die Deutschen zugeben sollten, daß sie nicht ihre Pflicht getan hätten. Im übrigen sei aber für die Fundierung einer neuen Internationale notwendig, daß alle zugeben, daß sie Fehler begangen hätten.

Darauf wurde der Antrag der französischen Delegation **angenommen.** Die Kommission, für die Mitglieder angewiesen wurden, wird am **Montag** zusammentreten. Der Vorsitzende teilte mit, daß der **Kongreß** am Montag um 12 Uhr eröffnet werde und daß die Gemeinde Amsterdam die Mitglieder des Kongresses nachmittags 4 Uhr im Stadthause empfangen würde. Darauf wurde die Vorkonferenz geschlossen.

*

Auf dem Gewerkschaftskongreß sind vertreten Amerika mit 3 Delegierten, Belgien 4, Böhmen 2, Dänemark 6, Deutschland: Deutscher Gewerkschaftsbund 10, die syndikalistischen deutschen Organisationen 1, England 8, Frankreich 14, Holland: Niederländischer Gewerkschaftsbund 10, Niederländisches Nationales Arbeitersekretariat 10, Oesterreich 8, Luxemburg 3, Norwegen 3, Spanien 2, Schweden 5, Schweiz 3 Delegierte. Auf dem Kongreß haben Amerika 4, Deutschland 6, England 5, Frankreich [illegible] und die übrigen [illegible] die [illegible] schen Syndikalisten und das holländische Arbeitersekretariat, je eine Stimme.

Auf den Leim gegangen.

Unser Münchener Parteiblatt, die „Münchener Post", verspottete vor einigen Tagen die Sensationsmeldung eines bürgerlichen Blattes, das sich über fünf verschiedene Orte melden ließ, Scheidemann habe in der Schweiz „vielleicht" eine Unterredung mit dem italienischen Minister **Orlando** gehabt. In humoristischer Weise ergänzte die „Münchner Post" diese Meldung dahin, Scheidemann sei darauf nach Rom gefahren, um dem König von Italien ein **Schutz- und Trutzbündnis** anzubieten. König Viktor Emanuel habe darauf die Genossen Turati und Treves zu Rate gezogen und im Einvernehmen mit diesen die Sache dem Papste zur Entscheidung vorgelegt. Scheidemann habe darauf eine lange Unterredung mit vier Kardinälen gehabt, darunter Rampolla (der bekanntlich längst tot ist. Red.) Außerdem seien im Vatikan Abgesandte Lenins und Bela Kuns eingetroffen, um mit dem Papste über ein Schutz- und Trutzbündnis zwischen Deutschland, Ungarn und Sowjet-Rußland zu einer mitteleuropäischen Wolga-Mittelmeer-Ost- und Nordsee-

Föderation zu verhandeln. Graf Brockdorff-Rantzau aber sei mit wichtigen Aufträgen nach Afghanistan abgereist.

Nun will es der Zufall, daß eins der widerlichsten alldeutschen Hetzblätter in Berlin, die „Deutsche Zeitung", in München einen Korrespondenten hat, dessen geistiger Horizont über den der alldeutschen Auslandspolitiker in keiner Weise hinausgeht. Er liest die Mitmeldung der „Münchner Post", nimmt sie für bare Münze — dann hätte ein Alldeutscher schon Sinn für Humor gehabt! — und telegraphiert sie mit Eifer nach Berlin in dem festen Glauben, eine Sensation erhascht zu haben und dem finstern Treiben des ††† Scheidemann endlich auf die Schliche gekommen zu sein.

In der Berliner Redaktion der „Deutschen Zeitung" triumphiert man nicht weniger. Jetzt hat man den Scheidemann erwischt! In auffälliger Aufmachung und gespreiztem Fettdruck wird die Münchener Privatmeldung den alldeutschen Lesern vorgesetzt, dazu schreibt der Chefredakteur der „Deutschen Zeitung", Herr Wulle, tiefsinnige Betrachtungen über die politische Talentlosigkeit dieses Scheidemann und verfehlt nicht zu bemerken, daß Scheidemanns Tätigkeit in Italien „in politisch einsichtigen Kreisen" die schwersten Befürchtungen auslöse.

Es ist wirklich ein Uebermaß des Pechs, daß der politische Hauptschriftsteller der „Deutschen Zeitung" in diesem Zusammenhang auf seine „politische Einsicht" pochen mußte. Entsetzt fragt man sich, wenn so die politisch einsichtigen Alldeutschen aussehen, die einen Münchener Karnevalsulk für Ernst nehmen, wie es dann bei den politisch einsichtslosen Kreisen der Alldeutschen aussehen muß.

Wie stellen diese „politisch einsichtigen Kreise" sich vor, daß der tote Kardinal Rampolla mit Scheidemann und Parvus lange Konferenzen hat? Glauben „die politisch einsichtigen Kreise" der „Deutschen Zeitung" an Spiritismus, da es mit ihrem Spiritus so schlecht bestellt ist?! —

Nationalversammlung.

Weimar, 30. Juli.

Die dritte Beratung des Verfassungsentwurfs wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Düringer (Dt.-nat.): Wir bleiben bei unserer Stellung gegenüber der Verfassung, weil sie uns nicht konservativ genug ist. Wir bleiben Anhänger der Monarchie, werden aber auch bei der republikanischen Staatsform unsere staatsbürgerlichen Pflichten erfüllen. Wir achten den Willen der Volksmehrheit, der sich für diese Staatsform entschieden hat. Die Politik, die auf die Weltrevolution lossteuert, ist eine Illusionspolitik. Die gegen unsere Partei gerichteten Vorwürfe als Kriegsverlängerer empfinden wir als pharisäisch. Konservatismus und wahrer Fortschritt gehören zusammen.

Abg. Heinze (Dt. Vp.): Wir können uns nicht auf den Boden der neuen Verfassung stellen. Wir hängen an der deutschen Vergangenheit von 1871. Die neue Verfassung lehnt sich im großen und ganzen an die von 1848 an. Die alte Verfassung hat den Weltkrieg nicht verschuldet, und wenn wir ihn vier Jahre ausgehalten haben, so lag das an der Festigkeit, die sie auszeichnete. Das markanteste Zeichen der neuen Verfassung ist ein extremer Parlamentarismus. Ich fürchte, der Staatswagen, der sowieso schon sehr schleudert, wird durch das Referendum ganz aus dem Gleis geworfen werden. Wir werden für den Entwurf in der vorliegenden Fassung nicht stimmen. Wenn in den nächsten Tagen Feiern veranstaltet werden zur Verabschiedung der neuen Verfassung, werden wir stillschweigend abseits stehen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.): Verfassungen sind der Ausdruck einer stets fortschreitenden Entwicklung, sie haben keinen Ewigkeitswert. Die Räte müssen überall die Aufsicht gewinnen, zuerst die Betriebsräte, auf denen sich die Gruppenräte bis zum Reichswirtschaftsamt aufbauen. Der politische Zentralrat kontrolliert dann das Parlament und die gesamte Verwaltung. Die Verfassung bringt aber nur eine schamhafte Konzession an den neuen treibenden Kräften des Wirtschaftslebens in dem Rätesystem. Die Verfassung wurde zu einer Verhüllung der Demokratie des Sozialismus. Aus diesem Grunde lehnen wir die Verfassung hier ab.

Reichskommissar Dr. Preuß: Wenn die Verfassung jetzt verabschiedet wird, bewahren wir unser Volk sowohl vor der Diktatur von rechts als auch von der von links. Die Frage, wie die Verfassung wirken wird, hängt in der Tat lediglich von ihrer Ausführung ab, also von den leitenden Persönlichkeiten. Diese müssen hervorgehen aus dem politischen Kampf. Man befördert aber diese Auslese nicht, wenn man, wie es hier seitens der Opposition der Rechten geschehen ist, immer das Alte in den Vordergrund stellt, das an seiner inneren Unhaltbarkeit zusammengebrochen ist. (Lebhafter Beifall.)

Damit schließt die allgemeine Besprechung. In der Einzelberatung wird hierauf Ueberschrift und Einleitungsformel debattelos angenommen.

Artikel 1 des 1. Abschnitts:

„Das Deutsche Reich ist eine Republik".

„Die Staatsgewalt geht vom Volke aus", wird unverändert angenommen.

Artikel 2 (Reichsfarben) wird in der Fassung eines Antrages Hausmann (Dem.) angenommen.

Die Reichsfarben sind schwarz-weiß-gold. Ein deutschvolksparteilicher Antrag für die Farbe schwarz-weiß-rot wird gegen die Stimmen der Rechten, des Zentrums und eines Teiles der Demokraten abgelehnt.

Artikel 19 gibt der Reichsregierung gegen Landesgesetze, die sich auf Gegenstände der Sozialisierung beziehen, ein Einspruchsrecht mit aufschiebender Wirkung. Die Worte „mit aufschiebender Wirkung" werden gestrichen.

Zu Artikel 17 wird ein Antrag Arnstadt (Dt.-nat. P.) angenommen, daß das Wahlrecht für Gemeindewahlen durch Landesgesetz von einem einjährigen Aufenthalt in der Gemeinde abhängig gemacht werden kann.

Artikel 22 setzt zunächst die Wahlperiode des Reichstags auf fünf Jahre fest, ein sozialdemokratischer Antrag will dreijährige Wahlperiode, ein demokratischer vierjährige.

Die vierjährige Wahlperiode

wird in der Auszählung mit 166 gegen 189 Stimmen angenommen.

Zu Artikel 37, wonach die Abgeordneten während der Tagungszeit nicht verhaftet oder zur Untersuchung gezogen werden können, wird ein Antrag Katzenstein (Soz.) angenommen, das Wort „Tagung" durch „Sitzungsperiode" zu ersetzen.

Artikel 38 wird nach der Regierungsvorlage mit einem Antrag Kahl (Dt. Vp.) angenommen, daß in Beziehung auf Beschlagnahme von Schriftstücken die Abgeordneten den Personen gleichstehen, die ein gesetzliches Verweigerungsrecht haben.

Auf Antrag Dr. Haas (Dem.) werden die Artikel 48 und 49 (bewaffnetes Vorgehen des Reichspräsidenten gegen ein Land, das die ihm nach der Reichsverfassung obliegenden Pflichten nicht erfüllt, und gegen Störungen der öffentlichen Sicherheit) zusammengefaßt mit der Aenderung, daß der Reichspräsident vor bewaffnetem Vorgehen gegen ein Land den Reichstag verständigen muß.

Der Amtseid

erhält die Fassung:

„Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen wahren, Schaden von ihm wenden, die Gesetze des Reiches wahren, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde."

Im Abschnitt Reichsverwaltung wird Artikel 79 im Hinblick auf die Bestimmungen des Friedensvertrages nach einem Antrag Dr. Spahn (Zentr.) in folgender Fassung angenommen:

„Die Verteidigung des Reiches ist Reichssache. Die Wehrverfassung des deutschen Volkes wird unter Berücksichtigung der besonderen landsmannschaftlichen Eigenarten durch ein Reichsgesetz geregelt."

Der folgende Abschnitt betrifft die Rechtspflege. Artikel 103 bestimmt u. a.: „Die militärischen Ehrengerichte sind aufgehoben". Ein deutschnationaler Antrag will diesen Satz streichen. Nach längerer Debatte wird der Artikel in der Fassung der zweiten Lesung angenommen.

Artikel 104 wird nach einem demokratischen Antrag folgendermaßen angenommen: „Die Militärgerichtsbarkeit ist aufzuheben außer für Kriegszeiten und an Bord der Kriegsschiffe."

Zu dem vorher ausgesetzten Artikel 88, der das Post- und Telegraphenwesen behandelt, wird auf Antrag Hausmann (Dem.) ein Zusatz beschlossen, wonach die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats die Verordnungen erläßt, welche Grundsätze und Gebühren für die Benutzung der Verkehrseinrichtungen festlegen und einen Beirat in Angelegenheiten des Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesens errichtet. Der zweite Hauptteil handelt von den

Grundrechten und Grundpflichten der Deutschen.

Die Bestimmungen des Artikels 108, wonach Adelsbezeichnungen nur als Teile des Namens gelten und nicht mehr verliehen werden dürfen, wird entgegen einem Antrag der Deutschnationalen und der deutschen Volkspartei auf Streichung aufrechterhalten.

Zu dem Artikel 113, der die persönliche Freiheit betrifft, beantragen die Abgeordneten Loebe (Soz.) und Dr. Ablaß (Dem.) eine Entschließung, worin die Reichsregierung ersucht wird, alsbald einen Gesetzentwurf über die Reform des Strafrechts und Strafvollzugs mit dem Ziel einer

Beseitigung der Todesstrafe

dem Reichstag vorzulegen.

Die Abgg. Dr. Sinzheimer (Soz.), Dr. Ablaß (Dem.), Dr. Kahl (Dt. Vp.) beantragen eine Entschließung, die Regierung zu ersuchen, alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem in allen Fällen, in denen das Gesetz ausschließlich die Todesstrafe vorsieht, mildernde Umstände zugelassen werden, und zwar wahlweise neben der Todesstrafe die Verhängung einer Freiheitsstrafe, zulässig ist. Beide Entschließungen werden angenommen.

Artikel 114 erhält auf Antrag Auers die Fassung: „Die Wohnung jedes Deutschen ist für ihn eine Freistätte und unverletzlich. Ausnahmen sind nur auf Grund von Gesetzen zulässig."

Artikel 118 enthält auf Antrag Spahn (Zentr.) die Fassung: „Die Ehe steht als Grundlage des Familienlebens und der Erhaltung und Vermehrung der Nation unter dem besonderen Schutz der Verfassung. Sie beruht auf der Gleichberechtigung der beiden Geschlechter."

Ueber Artikel 118 (Erziehungsrecht der Eltern) entspinnt sich eine längere Aussprache.

Abg. Dr. Ablaß (Dt.-dem. P.) führt zu den Anträgen der Sozialdemokraten auf rechtliche Gleichstellung der unehelichen Kinder mit den ehelichen aus, daß damit in der Praxis eine Besserstellung der unehelichen Kinder vor den ehelichen und eine außerordentliche Verwirrung der Familienverhältnisse erzielt würde.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.) widerspricht dieser Behauptung.

Großer Lärm entsteht im Hause, als nach kurzen Ausführungen die Abg. Frau Schuch (Soz.) mit Beziehung auf die starke Beteiligung der Frauen an der Aussprache auf der Rechten die Bemerkung fällt: „Wehe, wenn sie losgelassen!"

Unter Ablehnung des Antrages der Mehrheitssozialisten, daß das uneheliche Kind rechtlich gleichstehen soll, gelangt Artikel 119 im Wortlaut der zweiten Beratung zur Annahme.

Auf Antrag Spahn (Zentr.) wird der zweite Satz des Artikels 119, der die unehelichen Kinder betrifft, zu einem besonderen Artikel 118 a, im übrigen Abschnitt Artikel 119—181 unverändert angenommen.

Hierauf wird die weitere Beratung auf Donnerstag vertagt. Schluß 8 Uhr.

U. S. P. und K. P. D.

Der sozialdemokratische Pressedienst gibt Kenntnis von einem Flugblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund), welches die Ueberschrift trägt: „Ueber Putschismus". In diesem Flugblatt wird scharf gegen die Unabhängigen Stellung genommen, und es wird u. a. gesagt: Angesichts der Taten der Unabhängigen in der Berliner Januarwoche und in München erlauben ihre Anklagen wider die Kommunisten von wegen Putschismus nur zwei Möglichkeiten der Kennzeichnung: Entweder ist sie eine unverschämte Fälschung oder sie entspringt einer politischen Bewußtlosigkeit, die klassisch genannt werden muß. Es wird dann weiter ausgeführt, daß unter den revolutionären Obleuten, die den Januar-Putsch gemacht haben, neben 81 Unabhängigen ganze 2 Kommunisten waren, und daß das Haupt der revolutionären Obleute Georg Ledebour war. Es wird weiter erklärt, daß Liebknecht und Rosa Luxemburg sich im Januar einig gewesen seien über die Sinnlosigkeit einer Machtergreifung in dem damaligen Augenblick, und es wird mit aller Schärfe der ganze Januarputsch Ledebour zugeschrieben. Die „Freiheit" sagt dazu recht betrübt:

„Die Verfasser dieses schamlosen Denunziantenflugblattes sitzen in der Zentrale der K. P. D. Sie wissen genau, daß diejenigen Mitglieder, die der U. S. P. D. angehören und über alle Vorgänge im Januar informiert sind, geschwiegen haben und wohl auch weiter schweigen werden. Sie werden zu Denunzianten, sie liefern den gegenwärtigen Gewalten keine Opfer aus Messer, wie es hier die Kommunisten tun."

Ei, ei, es gibt also Dinge aus den Januartagen, welche die Unabhängigen für immer mit dem Mantel des Schweigens umhüllen! Wie reimt sich das zu ihrer Behauptung im Ledebourprozeß, daß sie „die ganze Wahrheit" über den Januarputsch an den Tag gebracht hätten.

*

Der Brückenabbruch zwischen U. S. P. und K. P. D. ist kräftig im Gange. Die Auseinandersetzungen werden täglich erbitterter und von verwandtschaftlichen Rücksichten ist keine Rede mehr. So sehr auch dieser Krakeel auf das allgemeine Konto Arbeiterzerfleischung kommt, ein Gutes kann dieser Streit doch haben: Er muß immer mehr dazu beitragen, eine reinliche Scheidung der Geister vorzubereiten. Nur eine solche Scheidung der Geister, in die Aufbauenden und in die Zerreißenden, wird die Aufgaben des Sozialismus zur Erfüllung bringen können, ehe die Reaktion mit ihren Vorbereitungen zum Gegenschlag fertig ist. Die Aufbauenden werden um der Zukunft willen, die droht, verloren zu gehen, nicht mehr streitend rückwärts blicken können. Damit werden sie aber den sozialistischen Vertrauensmännern in der Regierung der starke Rückhalt werden, den regierende Sozialisten brauchen, wenn sie für den Sozialismus schaffen wollen. Erst wenn dieser arbeitspendende Boden vorhanden ist, wird die so überaus fatale Kompromißpolitik mit der bürgerlichen Welt ausgeschaltet werden können und wird die sozialistische Initiative größer und erfolgreicher sein. Wir hoffen also, daß aus diesem traurigsten Kapitel der Revolution, dem häßlichen Bruderkampfe, dennoch das Gute und Rettende geboren wird. Ekel und Selbstbesinnung werden das übrige tun.

Junkertypen in Neu-Deutschland.

In der „Vossischen Zeitung" finden wir folgendes Inserat:

> Rittergut Vorpommerns sucht zu Ende Juli zur Einbringung der Ernte 12 bis 15
> Studenten
> nationaler Gesinnung bei freier Station und 3 Mk. täglich Taschengeld auf 6—8 Wochen; nach Beendigung der Ernte erhält jeder 100 Mark Prämie extra. Gefl. Angebote erbittet Litz, Rittergutspächter und Lt. d. Res. (100 Proz. kriegsbeschädigt aus dem Felde zurückgekehrt), Weitenhagen, Post Belgast, Vorpom.

Ein prächtiges Junkerexemplar, dieser Rittergutspächter Litz aus Vorpommern. Er ist zwar 100 Proz. Kriegsinvalide, aber sonst scheint er sehr gesund zu sein. In seinem intakten Schädel ist erhalten geblieben der nationale Sinn und der bei vielen Menschen entwickelte sechste Sinn, der Profitsinn, ist bei dem 100 Proz. kriegsbeschädigten Reserveleutnant auch in guter Verfassung. Er weiß die Konjunktur zu nützen und wird sicher ganz gesund werden. Die nationale Gesinnung seiner studentischen Hilfskräfte erspart ihm, die vertraglichen Löhne für Landarbeiter, und im übrigen wartet er auf bessere Zeiten . . .

Unsere Parteitragödie.

Die „Freiheit" entrüstete sich kürzlich über unsittliche Treibereien von Regierungssoldaten, die sie als Ordnungsbestien bezeichnet, und sie führt als besonderen Beweis der sittlichen Verkommenheit eine Handlungsweise der Soldaten jungen Mädchen gegenüber an, die sich gar nicht wiedergeben läßt. Zu dieser Entrüstung der „Freiheit" teilt nun der „Vorwärts" mit, daß ihm über einen Menschen, der der „Freiheit" nicht ganz unbekannt sein dürfte, eine Karte aus dem Neuköllner Verbrecheralbum vorlag, wonach er fünfmal wegen Erregung öffentlichen Aergernisses mit Gefängnis bestraft ist. Dabei handelt es sich um genau dasselbe Delikt, wegen dessen die „Freiheit" diese Soldaten als Bestien bezeichnet hat.

Die Berliner Lokalkorrespondenz hatte gemeldet, daß im Parteibureau der Unabhängigen ein großes Lager von Lebensmitteln, Schinken usw. aufgehäuft sei. Die „Freiheit" erklärte, daß diese Lebensmittel für die hungernden politischen Gefangenen unter eigenen Entbehrungen der Spender gesammelt worden seien. Nun fragt die Korre-

---

Germinal.

Roman von Emile Zola.

200) (Fortsetzung.)

Als zu Beginn der zweiten Woche der Knabe ihm erzählt hatte, daß die Gendarmen meinten, er sei nach Belgien geflohen, wagte Etienne bei Einbruch der Nacht aus seinem Loch hervorzukommen. Er wollte sich von der Lage der Dinge überzeugen; er wollte sehen, ob man noch länger im Widerstande beharren solle. Er hielt das Spiel für verloren; schon vor dem Streik zweifelte er an dem Erfolge; er hatte einfach der Menge der Arbeiter nachgegeben und jetzt, nachdem er am Aufruhr sich berauscht hatte, kam er auf seinen ursprünglichen Zweifel zurück und gab die Hoffnung auf, die Gesellschaft zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Aber er gestand es sich noch nicht; ihn quälte eine Angst, wenn er an den Jammer der Niederlage dachte, an die schwere Verantwortlichkeit für all das heraufbeschworene Leid, die auf ihm lasten würde. Das Ende des Streiks — bedeutete es nicht das Ende seiner Rolle, die Vernichtung seines Ehrgeizes, das Zurücksinken seiner Existenz zu dem rohen Dasein in der Grube und zu den Widerlichkeiten des Arbeiterdorfes? Und in redlichster Weise, ohne niedrige, heuchlerische Berechnungen bemühte er sich seinen Glauben wiederzufinden, sich selbst zu überzeugen, daß der Widerstand noch weiter möglich sei, daß das Kapital angesichts des heldenmütigen Selbstmordes der Arbeit sich selbst zerstören würde.

In der Tat widerhallte die ganze Gegend vom Ruin. Wenn er des Nachts in der dunklen Landschaft herumirrte wie ein Wolf außerhalb seines Waldes, glaubte er von einem Ende der Ebene bis zum andern das Krachen der Einbrüche zu hören. Längs der Straßen fand er nur geschlossene, tote Fabriken, deren Gebäude unter dem bleichen Himmel in Trümmer sanken. Besonders die Zuckerfabriken hatten zu leiden; die [illegible] und die Zuckerfabrik [illegible] [illegible] Zahl ihrer Arbeiter vermindert [illegible] Betrieb [illegible] Mühle [illegible] Kessel [illegible] [illegible] des Monats [illegible] die Seilerei Bleuze, wo Grubenseile erzeugt wurden, war durch den Streik vollends zugrunde gerichtet worden. In Marchiennes und Umgebung ward die Lage täglich schwieriger: in der Glasfabrik Gagebois waren die Kesselfeuer ausgelöscht worden; in den Bauwerkstätten von Sonneville gab es weitgehende Arbeiterentlassungen, von den drei Hochöfen des Hüttenwerkes war nur einer angezündet; die Koksöfen hingegen standen kalt. Der Streik der Kohler von Montsou, hervorgegangen aus der industriellen Krise, die seit zwei Jahren immer schlimmer wurde, hatte diese Krise noch verschärft, den Zusammenbruch beschleunigt. Zu den Ursachen des Notstandes: dem Ausbleiben der Bestellungen aus Amerika und dem Festrennen der Kapitalien in einer Ueberproduktion, gesellte sich jetzt noch der unvorhergesehene Kohlenmangel in den wenigen Fabriken, die noch arbeiteten; die Nahrung der Dampfmaschinen, welche die Schächte nicht mehr lieferten. Sie bedeutete das letzte Todeszeichen. Erschreckt durch die allgemeine Not hatte die Gesellschaft, nachdem sie die Förderung vermindert und ihre Kohler ausgehungert, zu Ende des Monats Dezember den letzten Rest ihrer Vorräte schwinden sehen. Die Geißel lief durch das Land, ein Sturz zog den andern nach sich, die Industrien brachen zusammen in einer [illegible] von Katastrophen, daß man die Widerhalle selbst in den Nachbarstädten verspürte, in Lille, Douai, Valenciennes, wo flüchtige Bankiers zahlreiche Familien zugrunde richteten.

Zuweilen blieb Etienne bei einer Straßenkrümmung in der eisigen Nacht stehen, um zu horchen, wie die Trümmer niederstürzten. Er sog mit tiefen Zügen die Finsternis ein; eine Freude an dem Nichts erfaßte ihn, eine Hoffnung, daß der anbrechende Tag die Ausrottung der Welt beleuchten würde, in der kein Vermögen mehr übrig bleiben werde, weil das alles gleichmachende [illegible] wie eine Sense über den Erdboden dahingefahren wäre. Doch in diesem Gemetzel interessierten ihn hauptsächlich die Gesellschaftsgruben. Er nahm seinen Weg wieder auf, schier geblendet von der Nacht, er besuchte sie eine nach der anderen, glücklich, wenn er von irgendeinem neuen Schaden Kenntnis erhielt. Es gab neue, immer ernstere Einstürze in dem Maße, als die Verödung der Verbindungsgänge sich in die Länge zog. Oberhalb der Nordgallerie von Mirou senkte sich das Erdreich in einem solchen Umfange, daß die Straße nach Joiselle in einer Länge von hundert Meter verschwand, als hätte ein Erdbeben sie verschlungen, und die Gesellschaft bezahlte, ohne zu feilschen, den Eigentümern ihren verschwundenen Bodenbesitz, aus Angst wegen des Lärms, welchen diese Unfälle verursachen konnten. Crèvecoeur und Madeleine, von sehr losem Gestein, wurden immer mehr verschüttet; man sprach von zwei Aufsehern, welche im La Victoire-Schachte unter einem Einsturze begraben lagen; Feutry-Cantel war von einem Wassereinbruch ersäuft worden; in der Grube Saint-Thomas mußte eine Gallerie in der Länge von einem Kilometer untermauert werden, weil die schlecht unterhaltenen Verzimmerungen auf allen Seiten brachen. So ergaben sich von Stunde zu Stunde riesige Kosten, immer größere Breschen in den Dividenden der Aktionäre, ein rapider Verfall der Gruben, welcher, wenn er noch länger andauerte, die in einem Jahrhundert in ihrem Werte verhundertfachten Anteile von Montsou schließlich verschlingen mußte.

Angesichts dieser wiederholten Schläge erwachte in Etienne wieder die Hoffnung; er glaubte schließlich, daß ein dritter Monat des Widerstandes das Ungeheuer erweichen würde, das müde, vollgefressene Tier, das wie ein Götzenbild in seinem unsichtbaren Tabernakel hockte. Er wußte, daß infolge der Unruhen in Montsou eine lebhafte Aufregung sich der Pariser Blätter bemächtigt hatte; es gab eine heftige Polemik zwischen den offiziösen und den oppositionellen Blättern, furchtbare Schilderungen, die man besonders gegen die Internationale ausbeutete, vor welcher das Kaiserreich allmählich Furcht bekam, nachdem es sie anfänglich ermutigt hatte. Und da die Verwaltung sich nicht länger taub zu stellen wagte, hatten zwei Verwaltungsräte geruht, nach dem Schauplatze des Streiks zu reisen, um dort eine Untersuchung zu halten; aber sie taten es mißmutig, ohne sich um die Ereignisse zu kümmern, dermaßen teilnahmslos, daß sie nach drei Tagen wieder abreisten, mit der Erklärung, daß die Dinge ganz gut stünden. [illegible] versicherte man ihm andererseits, daß die Herren während ihrer Anwesenheit permanente Sitzungen gehalten, eine fieberhafte Tätigkeit entwickelt und sich in Geschäfte versenkt hatten, von welchen niemand in ihrer Umgebung ein Wörtchen verraten wollte. Und er beschuldigte sie, daß sie ihre Vertrauensseligkeit nur heucheln; er nannte ihre Abreise eine tolle Flucht und war nunmehr des Sieges sicher, da diese furchtbaren Menschen alles im Stiche ließen.

Doch in der folgenden Nacht verzweifelte Etienne von neuem. Die Gesellschaft hatte zu starke Lenden, als daß man ihr sie so leicht hätte zerschlagen können; sie konnte Millionen verlieren und sich sie später bei den Arbeitern wieder hereinbringen, indem sie ihnen den Lohn verkürzte. Als er diese Nacht bis nach Jean-Bart gegangen war, hatte er die Wahrheit erkannt, nachdem ein Aufseher ihm erzählt hatte, daß man davon spreche, Vandame solle an Montsou abgetreten werden. Im Hause Deneulins war — so erzählte man — eine Mitleid erregende Not eingezogen, die Not der Reichen; der Vater war krank infolge seiner Ohnmacht und gealtert durch die Geldsorgen; die Töchter schlugen sich mit den Leuten herum, welche den Bedarf des Hauses lieferten, und suchten ihre Hemden aus den Krallen der Gläubiger zu retten. Man litt weniger in den ausgehungerten Arbeiterdörfern, als in diesem Bürgerhause, wo man hinter verschlossenen Türen speiste, weil man bei Tische Wasser trank. In Jean-Bart war die Arbeit nicht wieder aufgenommen worden, in Gaston-Marie hatte die Maschine ersetzt werden müssen; überdies war trotz aller Eile, mit welcher letzteres geschehen, Wasser in den Schacht eingedrungen, dessen Auspumpung große Kosten verursachen mußte. Deneulin hatte endlich sein Anliegen um ein Darlehen von hunderttausend Franken bei den Grégoire vorgebracht; ihre Weigerung, auf die er übrigens gefaßt war, hatte ihm den Rest gegeben. Sie wiesen sein Verlangen — wie sie versicherten — nur aus Freundschaft zurück, um ihm einen aussichtslosen Kampf zu ersparen. Sie erteilten ihm den Rat, seine Grube zu verkaufen. Aber er weigerte sich noch immer sehr heftig. Es machte ihn wütend, daß er die Kosten des Streiks bezahlen sollte.

sponden, wer denn die Spender seien, da doch an einem Tage 18 bis 20 Schinken dort gelegen haben. Auch seien nicht nur politische Gefangene damit gemästet worden, sondern zum Beispiel auch wochenlang vor dem Ledebour-Prozeß der berühmte Tasso von Zyszka, der sogar die Anweisung zu dem Bezuge von Lebensmitteln vom Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld erhalten habe. Die Staatsanwaltschaft beschäftigt sich mit dieser Angelegenheit.

Notizen.

Die Ablieferung der Milchkühe.

Auf eine Anfrage im Unterhaus über den Milchmangel in Deutschland, der durch die Ausführungen der Bestimmungen des Friedensvertrages, wonach 140 000 Milchkühe abgeliefert werden sollen, sich noch verschlimmere, antwortete Bonar Law, daß diese Abtretung nicht automatisch durchgeführt werde, sondern von den Beschlüssen des Wiederherstellungsausschusses abhänge, der die Tatsachen prüfen werde. — Dem „Lokalanzeiger“ zufolge erwartet man in Lapallisa in Frankreich eine Sendung von 60 000 Milchkühen aus Amerika.

Neue sozialdemokratische Regierungspräsidenten.

Zum Regierungspräsidenten in Düsseldorf ist von der Regierung der Stadtverordnete Justizrat Lands aus Elberfeld, zum Regierungspräsidenten in Arnsberg der Redakteur Meblich bestimmt worden. Beide sind Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei.

Eine Freudenbotschaft für Raucher.

Die „Voss. Ztg.“ läßt sich aus Bremen melden, daß, nachdem der Dampfer „Uranus“ mit 4000 Ballen Tabak in Bremen eingetroffen sei, auch der „Helios“ von Amsterdam nach Bremen mit 5646 Ballen Tabak abging. Weitere größere Tabakeinfuhr stehe bevor.

Das Programm der dritten Internationale.

„Avanti“ veröffentlicht das Programm der dritten Internationale, unterzeichnet von Lenin, Trotzki, den kommunistischen Parteien von Polen, Ungarn, Deutsch-Oesterreich, Litauen, Finnland und der sozialrevolutionären Vereinigung des Balkans. In dem Programm wird die Forderung der Diktatur der Arbeiterklasse, der Zentralisierung der wirtschaftlichen Funktionen in den Händen der Organe des Proletariats dargelegt. Es fordert dann den Kampf gegen die Herrschaft der gegenwärtigen Regierungsgewalten. Den Rechtssozialisten wird erbarmungsloser Kampf angesagt; von denen, die man in Deutschland Unabhängige nennt, sollen die revolutionären Anhänger losgetrennt werden. Als notwendig wird die Einberufung des ersten Kongresses der Kommunisteninternationale bezeichnet. Als Anhänger der dritten Internationale werden der deutsche Spartakusbund, die kommunistischen Parteien von Oesterreich, Ungarn, Finnland, Polen, Litauen, Ukraine und Holland bezeichnet; ferner der äußerste linke Flügel aller Arbeiterparteien der Welt.

*

Im englischen Unterhaus wurde mitgeteilt, daß von den in Scapa Flow versenkten ehemaligen deutschen Kriegsschiffen das Schlachtschiff „Baden“ und die leichten Kreuzer „Emden“, „Frankfurt“ und „Nürnberg“ und 15 Zerstörer geborgen wurden. Die Arbeiten zur Bergung von drei weiteren Zerstörern seien im Fortschreiten. Weitere Maßnahmen wegen der übrigen Schiffe seien noch nicht ergriffen worden.

Duisburg. Die Belegschaft der Zeche „Diergarth“ trat Mittwoch morgen in den Ausstand. Der Grund hierfür ist ein Ultimatum der kommunistischen Partei und der Unabhängigen an General Wacker und Reichskommissar Severing, worin sie die sofortige Freilassung der bekanntlich in den Hungerstreik getretenen politischen Gefangenen in Werl fordern.

Lokales.

Schwarz-Rot-Gold.

Die Kinder spielen. Jungens und Mädels. Blondköpfe und Schwarzhaarige. Mit dem ganzen Eifer der Jugend spielen sie. Die kleinen Körper fliegen förmlich. Die Bewegungen sind bei dem einen rund und graziös, bei dem anderen eckig und hastig. Die dünnen Beinchen strampeln hin und her. Die hageren Aermchen fuchteln in der Luft. Die schuh- und strumpflosen Füßchen stehen keinen Augenblick still. Die helle Spielfreude blitzt allen aus den Augen. Die blassen Stadtwangen sind leicht gerötet. Ohne Lärm und lautes Rufen geht es nicht ab. Alle wollen kommandieren. Jedes will seinen Wünschen Durchführung verschaffen. In der engen Straße hallt das Kindergeschrei.

Die Kinder haben bereits allerlei gespielt. Sie werden nicht müde. Jetzt spielen sie Soldaten. Schon haben sie sich zu Gruppen formiert und aufgestellt. Die Befehlshaber sind gewählt. Eine Rute, die sie an die Seite gebunden haben, kündet ihre Machtgewalt. Nun fehlt noch die Fahne. Die Kinder sind in die Geheimnisse der Politik noch wenig eingeführt. Aber soviel wissen sie, daß jetzt nicht mehr Schwarz-Weiß-Rot die Landesfarben sind. An die Stelle des Weiß ist das Gold getreten. Woher aber eine Fahne mit diesen Farben nehmen? Sie beratschlagen hin und her. Auch das geht nicht ohne Lärm ab. Endlich hat einer einen Ausweg gefunden. Der Lappen, den er anbringt, ist zwar nicht goldig, aber doch gelb. Das muß für die Spielzwecke genügen. Ein paar Mädels, die bereits mit der Nadel ein wenig umzugehen wissen, heften die Farben der neuen Trikolore zusammen. Die Jungens nageln sie an eine Latte. Alle Wünsche sind nun befriedigt. Auch der Fahnenträger ist gefunden. Nunmehr kann das Spiel beginnen.

Und sie spielen es wie früher, als man sich noch um das schwarz-weiß-rote Banner scharte. Spielen mit Eifer und Hingebung. Spielen, bis die Sonne allmählich ganz dicht an den Horizont gesunken ist und der aufsteigende Hunger knurrend an das elterliche Haus gemahnt. Einer nach dem anderen verliert sich aus der lärmenden Schar der Kleinen. Nur der Fahnenträger harrt am längsten aus. Sorgfältig wickelt er das Banner um die splittrige Latte. Er hat die Verwahrung der Fahne übernommen und wird am nächsten Tage pünktlich zur Stelle sein, damit das Spiel rechtzeitig beginnen kann und keiner unnötig warten braucht.

Unabhängige Programmusik.

Chor:

Wir sind prinzipienfest,
Vertreten bis zum Rest
Das Erfurter Programm
Tam, tam!

Wechselgesang:

„Zwar steht da was von Parlament . . .“
— Drauf pfeifen wir, potz Sapperment! —

„. . vom gleichen Wahlrecht, Mann und Frau“
— Das nehmen wir nicht so genau —

„. . parlamentarischer Regierung . . .“
— Das ist nur Kapitalsverzierung —

„. . von restloser Demokratie . . .“
— Die geben wir im Leben nie.

Nur Räte — Rätediktatur!
„— Doch davon les' ich keine Spur! —“

Chor (rasch einfallend):

Wir sind prinzipienfest,
Vertreten bis zum Rest
Das Erfurter Programm
Tam, tam!

Mich. v. Lindenhecken.

Polnische Erntearbeiter für Westpreußen.

Im Vollzugsausschuß wurde am Mittwoch die Beschaffung von Arbeitskräften für die Ernte beraten. An der Sitzung nahmen Vertreter der Organisationen, der Behörden und eine größere Anzahl Landwirte aus der Provinz teil. Zum Verhandlungsleiter wurde Regierungsrat Dr. Dolle gewählt. Eine Kommission hatte für die Sitzung vorgearbeitet. Nachfragen haben ergeben, daß für Westpreußen 15—20 000 Erntearbeiter benötigt werden. Eine derartig große Menge Arbeitsloser aber ist nicht vorhanden, auch verhalten sich die Arbeitgeber ablehnend gegen die Einstellung städtischer Arbeitslosen, für die sie neben dem tarifmäßigen Lohn die Hälfte der Erwerbslosenunterstützung zahlen müssen. Man schlägt die Zuziehung polnischer Saisonarbeiter vor, für die der Lohn im Voraus festzusetzen ist. Dr. Dolle erklärt, daß der Oberpräsident bis zum 15. September die Grenze für ausländische Erntearbeiter öffnen lassen will. Nach diesem Zeitpunkt aber muß die Provinz wieder frei von ihnen sein. **Der Bereich des Freistaates Danzig ist von der Hinzuziehung ausländischer Arbeitskräfte ausgeschlossen.** Er bleibt den Danziger Arbeitslosen vorbehalten. Es stehen hier etwa 2000 geeignete Arbeitslose fürs Land zur Verfügung. Aus der Versammlung heraus wurde der Hinweis gemacht, daß es schwer halten werde, die ausländischen Arbeiter wieder aus dem Lande heraus zu bekommen. Es sei doch ein schreiender Widerspruch, daß wir große Arbeitslosigkeit haben, ungeheure Erwerbslosenunterstützungen zahlen und auf der anderen Seite ausländische Arbeiter herbeiholen müssen. Die Versammlung entschied, daß trotz der Bedenken die Hinzuziehung der ausländischen Arbeiter unerläßlich sei. Es soll der tarifmäßige Lohn gezahlt werden. Für die städtischen Arbeitslosen wird die Vermittlungsgebühr an die Städte entrichtet. Es wird erwartet, daß die Städte die Familien unterstützen. Den Arbeitslosen soll gestattet werden, für ihre Familien Nahrungsmittel zum Erzeugerpreise zu kaufen. Für Stiefel und Bekleidung wird Sorge getragen.

Lohndrückende Regierungsbaumeister.

In der „Technikerzeitung“ finden wir folgenden Artikel, den wir im Interesse der Beteiligten wiedergeben:

Eine eigenartige Begründung für die Ablehnung einer geforderten Gehaltserhöhung gibt der Vorstand des Militärbauamts III in Danzig. Ein Kollege hatte dort um eine Gehaltserhöhung von 380 Mark auf 450 Mark gebeten. Der Herr Bauamtsvorstand lehnte diese Forderung mit der Begründung ab, daß eine derartige hohe Bezahlung einem Techniker grundsätzlich nicht gewährt werden kann, schon in Rücksicht darauf, daß ein junger Regierungsbaumeister bestimmungsgemäß beträchtlich weniger erhält. Ferner heißt es in seiner ablehnenden Begründung: **„Sollten sich die Techniker allgemein mit ihren derzeitigen Bezahlungen bei der Militärverwaltung nicht begnügen können, so schlägt das Bauamt vor, sie zu entlassen und an ihre Stelle junge Regierungsbaumeister einzustellen, die bestimmungsgemäß meist niedrigere Gehälter beziehen und dennoch diese Stellen der Beschäftigungslosigkeit vorziehen würden.“** Wir müssen es den jüngeren Regierungsbaumeistern selbst überlassen, sich mit diesen Anschauungen des Baurats Schnitzelgroß, der ihnen die Rolle von Lohndrückern gegenüber den Technikern zuweist, auseinanderzusetzen. Wir hoffen, daß von dieser Seite dem Baurat die gebührende Antwort gegeben werden wird. Aber gegen die Behauptung wenden wir uns, daß „derartig hohe“ Gehälter grundsätzlich einem Techniker nicht gezahlt werden können. Ganz entschieden muß die herausfordernde Bemerkung zurückgewiesen werden, daß die Techniker entlassen und dafür junge Regierungsbaumeister eingestellt werden sollen. Das ist der alte Herr-im-Hause-Standpunkt, der jeden Wunsch der Angestellten mit der Drohung der Kündigung beantwortet. Es ist höchste Zeit, daß mit diesem Bureaukratismus aufgeräumt wird, der in den untergeordneten Stellen jetzt noch ebenso üppig wuchert, wie vor der Revolution.

Neue Wege für den Wohnungsbau.

In der letzten Sitzung des Ausschusses für Wohnungsbeschaffung wurde darauf hingewiesen, daß man durchaus Wege finden müsse, um neue Wohnungen zu bauen. Unser Volk muß körperlich und moralisch verkommen, wenn ihm nicht bald menschenwürdige Wohnungen beschafft werden. Die Danziger Wohnungen waren schon vor dem Kriege oft wenig wert, jetzt aber spotten sie zuweilen jeder Beschreibung. Ein weiterer Umstand ist die Steigerung der Mieten, die erst am Anfang ist. Die Geldentwertung wird verwüstend wirken. Die Preise der Häuser steigen fortgesetzt. Zum Teil kommen die Kaufpreise nicht einmal im Kaufvertrag zum Ausdruck. Es wird mehr gezahlt, um sein Vermögen vor der Steuer zu verstecken und um am Umsatzstempel und bei der Wertzuwachssteuer zu sparen. Diese Preissteigerung führt zu einer entsprechenden Erhöhung der Mieten. Gegen diesen wirtschaftlichen Druck bietet auch das Mieteinigungsamt keinen hinreichenden Schutz. Es bewilligt schon jetzt Mieterhöhungen von 10, 20 und 30 Prozent. Hinzu kommt noch die ungünstige preissteigernde Wirkung der Valuta, gegen die noch keine Maßnahmen in Aussicht genommen sind.

Diesem Wohnungselend kann nur entgegengetreten werden durch den Bau neuer Wohnungen. Rund um Danzig müssen Kriegerheimstätten entstehen. Diese Wohnungen werden aber auch wieder wegen der Geldentwertung 3—5mal so teuer wie früher. Das würde folgerichtig eine ungeheuerliche allgemeine Steigerung der Mieten nach sich ziehen. Da die Geldentwertung nur eine vorübergehende Erscheinung sein wird und darf, hat das Reich sich bereit erklärt, Baukostenzuschüsse zu geben. Diese Zuschüsse fallen aber fort, wenn wir ein selbständiger Freistaat sind. Ohne sie kann aber nicht gebaut werden, weil die teueren Wohnungen auch eine dauernd hohe Miete bringen müßten. Es muß also ein neuer Weg zur Erlangung von Zuschüssen eingeschlagen werden.

Die Mieter stehen vor einer außerordentlich hohen Mietsteigerung. Sie werden sich heftig dagegen wehren. Die Schwächlichkeit gegen den Preiswucher im Kriege aber hat uns gezeigt, daß dort die Verbraucher und hier die Mieter wohl schimpfen dürfen, aber doch zahlen müssen. Die Mieter sollen einen Teil dieser in Aussicht stehenden Mieterhöhung freiwillig in eine öffentliche Baukasse zahlen, aus der diese Baukostenzuschüsse geleistet werden. Es wäre also eine allgemeine Selbstbesteuerung zu dem Zweck, der großen Mietsteigerung entgegenzutreten, und zwar mit wirtschaftlichen Mitteln, die mietherabsetzend wirken. Man würde ein kleines Uebel wählen, um einem größeren Uebel entgegenzuarbeiten. Die Stadt würde in geeigneter Form, über die noch verhandelt werden müßte, einen Zuschlag zur Miete erheben und mit ihm eine Baukasse bilden, die den Zweck der Förderung und Verbilligung des Bauens hätte. Auch über die Art der Förderung und Verbilligung müßte noch näher verhandelt werden. Zunächst handelt es sich nur darum, diesen großen Grundgedanken klar auszudrücken. Ohne Opfer geht es nicht. Hier aber handelt es sich um ein Opfer, das sich sehr gut bezahlt macht, also eigentlich um die gute Anlage eines Kapitals.

R. B.

Dänische Fische für Danzig.

In anbetracht der andauernd geringen Fischfänge an der hiesigen Küste und der hierdurch hervorgerufenen völlig unzureichenden Fischversorgung der hiesigen Bevölkerung hat die Firma Mix u. Lück, Inhaber Konrad Lück, in Dänemark eine Ladung frischer Schellfische und Heringe für direkte Lieferung nach Danzig gekauft. Die Fische sind nach einem neuen Gefrierverfahren, welches sich als außerordentlich gut erwiesen hat, eingefroren, und ist deshalb der Bezug selbst in der heißesten Jahreszeit nach Danzig möglich.

Sofern die erste Sendung zur Zufriedenheit eintreffen und größere Nachfrage vorhanden sein sollte, wird beabsichtigt, wöchentlich größere Fischmengen aus dem Auslande direkt nach Danzig zu beziehen.

Trotzdem die Fische durch das Einfrieren wesentlich verteuert werden, ist es möglich, sie noch billiger als zu den in andern Städten festgesetzten Preisen zu verkaufen, weil die Firma Mix u. Lück die Fische vom Fangplatz aus erster Hand direkt nach Danzig bezieht und sie unter Kontrolle des Magistrats mit einem ganz bescheidenen Nutzen an die Kleinhändler abgeben wird. Die Händler werden die Fische ebenfalls mit einem geringen Aufschlage direkt an die Konsumenten verkaufen.

Die erste Ladung dürfte voraussichtlich am Sonnabend in Danzig eintreffen. Die Verkaufszeit und der Kleinhandelspreis wird noch bekanntgegeben werden.

Eine Ententekommission ist am Mittwoch abend um 6 Uhr auf mehreren Schiffen im Hafen eingetroffen.

Die nächste Sitzung des Verfassungsausschusses findet am Montag statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Vortrag des Amtsrichters Dr. Löhning über die Verfassung der freien Städte Hamburg, Lübeck und Bremen und ein Antrag der Christlichen Volkspartei auf Einsetzung eines Ausschusses für Schul- und Kirchenangelegenheiten.

Zur Wiedereröffnung des Artilleriedepots erstatteten am Mittwoch im Steppuhnschen Lokal in Schidlitz die Genossen Arczynski und Pachnicke Bericht über die in Berlin geführten Verhandlungen mit dem Generalinspekteur. Nach anfänglichem ablehnenden Standpunkte habe sich im Laufe der Verhandlungen der Generalinspekteur zur Wiedereröffnung des Depots unter der Bedingung bereit erklärt, daß die einzustellende Arbeiterschaft zahlenmäßig äußerst eingeschränkt werde. Es sollen nur Danziger Arbeiter beschäftigt werden, und von diesen wieder diejenigen vom alten Stamm, Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene, die am bedürftigsten sind. Der Tag der Wiedereröffnung des Depots ist noch nicht bestimmt. Die Berliner Stellen müßten sich erst noch mit dem Generalkommando in Verbindung setzen, doch lange werde die Wiedereröffnung nicht auf sich warten lassen. Naumann empfahl der kräftigen, jüngeren Arbeiterschaft nach dem Rheinland, dem Ruhrgebiet usw. abzuwandern. Diese Aufforderung rief eine erregte Aussprache hervor. Die meisten Redner gaben recht deutlich ihrer Abneigung gegen eine Abwanderung Ausdruck. Die

---

Er fühlte, daß ihm alles Blut zu Kopfe gestiegen war, daß es ihm schier den Atem verlegte und er hoffte den Tod davon zu haben. Aber was konnte er schließlich anfangen? Er mußte den Kaufsangeboten Gehör schenken. Man schikanierte ihn, man setzte den Wert dieser herrlichen Beute herab, dieses in Stand gesetzten neu eingerichteten Schachtes, dessen Ausbeutung nur durch den Mangel an Kapital verhindert wurde. Er konnte froh sein, wenn er so viel daraus herausschlug, um seine Gläubiger befriedigen zu können. Zwei Tage lang hatte er sich gegen die in Montsou verweilenden Verwaltungsräte gewehrt, wütend über die Ruhe, mit welcher sie seine Verlegenheit mißbrauchten, so wütend, daß er ihnen ein donnerndes „Niemals!“ zuschrie. Und dabei blieb er; sie waren nach Paris zurückgekehrt, um dort geduldig sein letztes Röcheln abzuwarten. Etienne witterte die Art und Weise, wie die Gesellschaft für das Mißgeschick, das sie getroffen, sich Ersatz holen wollte; und er ward wieder von Zagen ergriffen angesichts der unbezwinglichen Gewalt des Großkapitals, das im Kampfe so mächtig war, daß es von der Niederlage sich mästete, indem es die Leichen der an seiner Seite gefallenen kleinen Unternehmer fraß.

Glücklicherweise brachte Jeanlin am nächsten Tage ihm eine gute Nachricht. In Voreux drohte die Verzimmerung des Aufzugsschachtes zu bersten, das Wasser sickerte durch alle Ritzen; man hatte in aller Eile eine Schar von Zimmerleuten aufbieten müssen, um den Schaden auszubessern.

Bisher war Etienne der Voreux-Grube ausgewichen, aus Angst vor dem Schattenriß der Schildwache, welche auf dem Hügel stand und von da die Ebene beherrschte; man konnte dieser Schildwache nicht ausweichen, sie war in der Luft gleichsam die Fahne des Regiments. Gegen drei Uhr morgens verdunkelte sich der Himmel; er begab sich in die Grube, wo Kameraden ihm den schlechten Zustand der Verzimmerung erklärten; sie meinten sogar, es wäre dringend notwendig, die ganze Verholzung zu erneuern, was die Kohlenförderung mindestens für drei Monate aufhalten mußte. Lange strich er da herum und lauschte den Hammerschlägen der Zimmerleute im Schachte. Diese Wunde, die verbunden werden mußte: sie erfreute sein Herz.

Als er bei Tagesanbruch heimkehrte, fand er wieder die Schildwache auf dem Hügel. Jetzt wird sie ihn sicher sehen. Seinen Weg fortsetzend dachte er an diese Soldaten, die man aus der Mitte des Volkes nahm, um sie gegen das Volk zu bewaffnen. Wie leicht wäre der Sieg der Revolution gewesen, wenn die Armee sich plötzlich für sie erklärt hätte! Es genügte, daß der Arbeiter und der Bauer in der Kaserne sich ihres Ursprungs erinnern. Es war die äußerste Gefahr, das höchste Entsetzen, welches den Spießbürgern ein Zähneklappern verursachte, wenn sie an die Möglichkeit eines Abfalls der Truppen dachten. In zwei Stunden wären sie hinweggefegt, ausgerottet mit allen Genüssen und Abscheulichkeiten ihres ungerechten Lebens. Schon wurde behauptet, daß ganze Regimenter vom Sozialismus angesteckt wären. War dies wahr? Sollte die Gerechtigkeit kommen dank den durch das Bürgertum verteilten Kartuschen? Und zu einer andern Hoffnung überspringend träumte der junge Mann, daß das Regiment, dessen Posten die Gruben bewachten, zum Streik überging, die Gesellschaft samt und sonders niederschoß und endlich das Bergwerk den Bergleuten gab.

Jetzt bemerkte er erst, daß er den Hügel hinaufstieg, der Kopf von diesen Betrachtungen summend. Warum sollte er mit diesem Soldaten nicht ein Gespräch beginnen? fragte er sich. Dies wäre ein Mittel, die Ansichten desselben kennenzulernen. Mit gleichgültiger Miene näherte er sich und tat, als suchte er Holzspäne unter dem alten Geröll. Die Schildwache blieb unbeweglich.

„He, Kamerad, ist das ein Hundewetter!“ sagte Etienne endlich. „Ich denke, wir bekommen Schnee.“

Es war ein kleiner, sehr blonder Soldat, mit einem sanften, blassen Gesichte, das mit Sommersprossen bedeckt war. Unter seiner Kapuze zeigte er die Verlegenheit eines Rekruten.

„Ja, ich glaube,“ murmelte er.

Und er schaute mit seinen blauen Augen lange nach dem fahlen Himmel, nach dieser rauchigen, nebeligen Morgendämmerung, die in der Ferne schwarz und bleischwer auf der Ebene lastete.

„Wie dumm ist es doch, Euch hierherzustellen, wo Euch das Mark in den Knochen gefriert!“ fuhr Etienne fort. „Möchte man nicht glauben, daß die Kosaken kommen! . . . . Ueberdies gibt es hier oben immer einen scharfen Wind.“

Der kleine Soldat zitterte vor Kälte, ohne sich zu beklagen. Es war wohl eine Hütte aus Backsteinen da, in welcher der alte Bonnemort in stürmischen Nächten Zuflucht suchte; allein, der Soldat hatte Befehl, den Gipfel des Hügels nicht zu verlassen und so rührte er sich denn nicht, obgleich seine Hände so steif vom Froste waren, daß er seine Waffe nicht mehr fühlte. Er gehörte zu dem Posten von sechzig Mann, welcher die Voreux-Grube bewachte; und da diese grausame Wache häufiger wiederkehrte, waren ihm daselbst schier die Füße abgefroren. Das Soldatenhandwerk erforderte es so; ein passiver Gehorsam schläferte ihn schließlich ein; er antwortete auf die Fragen mit gestammelten Worten, wie ein schlummerndes Kind.

(Fortsetzung folgt.)

Eine „fliegende Theatertournee“

in des Wortes eigentlicher Bedeutung soll in England in diesen Tagen unternommen werden, und das System wird eine sehr schnelle Ausbreitung erfahren. Eine ganze Theatergesellschaft, die das Stück „The House of Peril“ bisher in Eastbourne spielte, wird in Wasserflugzeugen nach Brighton überführt, um dort dieselbe Aufführung zu veranstalten. Der Flug findet von einem Hafendamm zum anderen statt. Man rechnet damit, daß in naher Zukunft Londoner Theatergesellschaften richtige „fliegende Matineen“ in Provinzstädten geben und noch rechtzeitig zur Abendvorstellung nach der Hauptstadt zurückkehren können.

Der besorgte Major.

Die Zeiten sind jetzt so ernst und trübe, daß Leute, die es verstehen, durch ihre ans Groteske grenzende Borniertheit das deutsche Volk etwas aufzuheitern, sich unstreitig ein gewisses Verdienst hierdurch erwerben. Zu dieser Art verdienstvoller Persönlichkeiten gehört ohne Zweifel der Major Steinkopf aus Kottbus, der nachstehendes Schreiben an unseren Genossen [illegible] für die Nationalversammlung, Genossen Steinkopf, richtete, welches wir mitsamt dem Antwortschreiben unseres Genossen der Oeffentlichkeit nicht vorenthalten wollen:

Aus der Zeitung ersehe ich Ihren Namen. Da unsere Familie — die klein ist — bisher seit undenklicher Zeit treu deutsch und vaterlandsliebend war, bitte ich Sie, mir anzugeben, ob Sie dieser wirklich angehören. Wir stammen aus Anhalt, mein Großvater war Gutsbesitzer in Ballenstedt bei Bernburg.

Es wäre uns eine Beruhigung, wenn wir den Abgeordneten einer Partei nicht zu unserer Familie zu zählen brauchten, die bewußt das Vaterland zertrümmert hat, die unser gemeinsames Haus in Brand steckte, um selbstsüchtig ihre Parteisuppe zu kochen, und die [illegible] Unglück verewigt [illegible] durch feiges Unterzeichnen des Schmachfriedens.

Paul Steinkopf, Major.

Für Ihre Seelenqualen, entstanden durch die Gleichheit unserer Familiennamen, habe ich volles Verständnis. Auch mir ist diese Namensgleichheit aus erklärlichen Gründen nicht gerade angenehm.

Da ich aber mit dringenden Arbeiten zum Wohle unseres gemeinsamen und über alles geliebten Volkes und Vaterlandes überhäuft bin, kann ich die mit einem Antrag auf Namensänderung verbundenen Zeitverluste leider nicht auf mich nehmen. Ich schlage Ihnen deshalb vor, und dies dürfte die einfachste Lösung sein, Sie stellen einen entsprechenden Antrag und lassen sich künftig „Steifkopf“ nennen.

Damit aber die staunende Mitwelt rechtzeitig von der Namensänderung unterrichtet wird, auch zur Dokumentierung dessen, daß uns keine familiären oder geistigen Bande verknüpfen, werde ich unseren Briefwechsel der Oeffentlichkeit übergeben.

Steinkopf, M. d. N.

Zu dem Vorschlag unseres Genossen bezüglich der Namensänderung bemerken wir noch, daß die Zusammenstellung mit der Nachsilbe — kopf noch andere, äußerst sinnreiche und bezeichnende Kombi-

rheinischen Arbeits- und Lebensverhältnisse seien nicht so rosig, wie sie in Danzig der Arbeiterschaft vorgemalt würden.

Oberpräsident Schnackenburg hat sich am Donnerstag vormittag nach Elbing begeben, um dort im Rathause mit den städtischen Behörden zu verhandeln. Von Elbing aus reist er in das Abstimmungsgebiet, nach Stuhm, wo nachmittags auf dem Landratsamt eine Besprechung mit den maßgebenden Persönlichkeiten des Kreises stattfinden soll.

Die Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und den Angestellten und Werkmeistern der Industrie, die am Dienstag stattfanden, haben noch zu keinem Ergebnis geführt. Die Vertreter der Arbeitgeber wollten die Fassung, daß nur für die unterschriftlichen Mitglieder der Vertrag gelten sollte, während die Vertreter der Angestellten darauf bestanden, die ursprüngliche Form zu belassen, wonach die Vereinbarung für alle Mitglieder des Arbeitgeberverbandes abgeschlossen werden soll. In einer Sitzung am Dienstag soll nun die endgültige Entscheidung fallen.

Der Haupträdelsführer bei den Neufahrwasserer Krawallen am letzten Sonnabend ist jetzt in der Person des Arbeiters Alfred Gebling aus Neufahrwasser ermittelt und verhaftet worden.

Konditorenstreik? Die im Zentralverband der Bäcker und Konditoren organisierten Gehilfen beschlossen, am Mittwoch in den Streik zu treten, wenn ihre Forderungen, über die wir vor einiger Zeit eingehend berichteten, nicht von den Arbeitgebern bewilligt werden. Der Schlichtungsausschuß arbeitet einen Tarifvertrag aus, der von den beiden Parteien am 1. August angenommen sein muß.

Billiges Holz. Die hohen Holzpreise haben das Sammeln von Raff- und Leseholz wieder zu Ehren gebracht. Das Holz, das im Walde umherliegt und verfaulen würde und die trockenen Aeste, die man mit einem Holzhaken herunterbrechen kann, gilt als Raff- und Leseholz und kann gegen eine geringe Gebühr gesammelt und mit Handwagen aus dem Walde geholt werden. Von diesem Recht machten die Städter früher keinen Gebrauch. Jetzt aber sieht man in Langfuhr schon öfter derartige Handwagen mit Holz. Für Arbeitslose ist das eine sehr praktische Ausfüllung der unfreiwilligen Muße. Man kann sich auf diese Weise seinen Winterbedarf an Holz beschaffen. Eine ähnliche nützliche Ausfüllung der Zeit ist das Stubbenroden, das auch im Walde vorgenommen werden kann. Das Stubbenholz brennt ganz besonders gut; es wird aufgestellt und kann nach Abnahme auch mit Pferden aus dem Walde abgefahren werden. Diese Arbeiten sind volkswirtschaftlich sehr wertvoll, da durch sie Werte gerettet werden.

Mg. **Vermittlung von Arbeitern nach dem Kohlengebiet.** Wie der Magistrat bekanntmacht, geht am 7. August ein dritter Sonderzug in das rheinisch-westfälische Kohlengebiet ab. Dieser Transport, dem noch weitere folgen sollen, ist ebenso wie der letzte für die Zeche Graf Bismarck in Gelsenkirchen bestimmt. Allen Arbeitslosen kann diese günstige Arbeitsgelegenheit warm empfohlen werden. Freiwillige müssen sich sofort in der Vermittlungsstelle Töpfergasse 1—3 melden, wo ihnen auch die Arbeitsbedingungen bekanntgegeben werden.

Für die Butterhändler!

Die Butterhändler werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie die für die bevorstehende Ausgabe von Butter bestimmten Bezugsscheine am Freitag, den 1. August in der Zeit von 8—12 Uhr, von der Molkereiabteilung, Töpfergasse 33, abholen lassen müssen.

Abholung der Brot-, Mehl- und Einfuhrzusatzkarten.

Mg. Die Bäcker, Brot- und Mehlhändler haben die am Sonnabend sowie Anfang nächster Woche zur Ausgabe gelangenden Brot-, Mehl- und Einfuhrzusatzkarten von der Nahrungskartenstelle Pfefferstadt 33—35, Zimmer 27, abholen zu lassen, und zwar: Die Bäcker, Brot- und Mehlhändler, deren Firmen mit den Buchstaben A—K beginnen, am Freitag, den 1. August, und die, deren Firmen mit den Buchstaben L—Z beginnen, am Sonnabend, den 2. August, in der Zeit von 7—2 Uhr.

Mg. **Nach Herstellung der Verbindungsstraße zwischen der Breitenbachbrücke und der Heubuderstraße** ist die gleichlaufende Wegeführung der Heubuder Straße überflüssig geworden und soll eingezogen werden. Durch diese Einziehung glaubt der Gastwirt Claaßen den Wert seines Grundstücks verringert, weil es vom Verkehr nicht mehr berührt werde. Da auf der alten Uferstraße auch heute noch ein Personen- und Wagenverkehr in der Richtung Heubude—Danzig stattfindet, hält der Magistrat eine Entschädigung von 3000 Mark für angemessen und beantragt bei der Stadtverordnetenversammlung die Bewilligung dieser Summe.

Mitgliederversammlung. Noch einmal sind die Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins darauf hingewiesen, daß die Mitgliederversammlung nicht heute, sondern morgen, Freitag, den 1. August, abends 6 Uhr, in der Aula der Petrischule, am Hansaplatz, stattfindet. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es die Pflicht der Genossen, sich zahlreich einzufinden.

Hausangestelltenverband. Am Sonntag, den 3. August, nachm. 2 Uhr, treffen sich die Mitglieder des Hausangestellten-Verbandes auf der Langenbrücke, um einen Dampferausflug nach Bohnsack zu unternehmen.

* **Polizeibericht vom 31. Juli.** Eingeliefert 16 Personen, darunter 11 wegen Diebstahls, 2 wegen Landfriedensbruchs, 2 in Polizeihaft. Gefunden: 1 Dr. Handtasche, enthaltend 1 Portemonnaie mit Geld, Schlüssel, Rosenkranz, Lebensmittelkarten und Heiligenmedaille; 5 Schlüssel am Bande; abzuholen aus dem Fundbureau des Polizeipräsidiums. 1 Federboa aus weißen und braunen Federn bestehend, abzuholen von Frau Taffeur, Holzmarkt 15. Zugelaufen: 1 schottische Schäferhündin ohne Halsband, abzuholen von Herrn August Arftein, Zettinwinkel 9.

Wasserstandsnachrichten am 31. Juli 1919.

	gestern	heute		gestern	heute
Thorn	+ 4,18	+ 4,08	Pieckel	+ 4,56	+ 4,79
Fordon	+ 3,04	+ —	Dirschau	+ 4,80	+ 4,88
Culm	+ 3,84	+ 3,96	Einlage	+ 3,52	+ 3,60
Graudenz	+ 3,94	+ 4,10	Schiewenhorst	+ 3,06	+ 3,12
Kurzebrack	+ 4,20	+ 4,37	Wolfsdorf	— 0,16	— 0,14
Montauerspitze	+ 4,39	+ 4,51	Anwachs	+ —	+ —

Standesamt vom 30. Juli.

Todesfälle. S. des Kaufmanns Hans Marowski, 5 M. — Witwe Wilhelmine Bluhm, geb. Poeck, 92 J. 11 M. — T. des Schlossers Ernst Peterabend, 3 J. 11 M. — T. des Schirrmeisters Emil Karowski, 9 M. — Frau Charlotte Ritsch, geb. Claßen, 64 J. 4 M. — Schneider Johann Lamparski, 78 J. 5 M. — Bureauvorsteher, Gefreiter i. Batt. Husaril.-Batls. Nr. 10, Gustav Donner, 26 J. 4 M. — Arbeiter, Krankenträger der San.-Komp. 68, Leo Krefft, 39 J. 1 M. — Arbeiter, Musketier 10. Komp. Inf.-Regts. 50, Willy Mekowski, 21 J. 9 M. — Schiffsarbeiter, Kriegsrentenempfänger v. Bezirksko. Danzig, Albert Jahn, 44 J. 6 M. — Arbeiter, ehem. Wdm. v. Bezirksko. Konitz, Joseph Kralewski, 45 J. 2 M. — Kaufmann Paul Lemberg, 57 J. 10 M. — Witwe Henriette Kriedel, geb. Karsten, 75 J. 9 M. — Mechaniker Bruno Müller, 34 J. 10 M.

Danzig-Langfuhr.

Todesfälle. Kaufmann Helmuth Baumann, 27 J. 4 M. — Sohn des Vorschlossers Gustav Funk, 4 M. — Arbeiter, Kanonier im Fußartillerie-Regiment Nr. 17, Paul Böhnke, 19 J. 9 M. — Unverehelichte Putzmacherin Meta Goes, 31 J. — Zimmermannsfrau Emilie Krause, geb. Beiers, 62 J. 10 M.

Aus den Ostprovinzen.

Selbstversorger und Landarbeiter.

Von einem Genossen aus der Landwirtschaft geht uns folgende Zuschrift zu:

„Zu den Selbstversorgern auf dem Lande gehört auch der Landarbeiter. Jeder, der mit den Verhältnissen vertraut ist, wird zugeben müssen, daß ein großer Unterschied darin besteht, ob der Bauer oder der Landarbeiter Selbstversorger ist. Der Bauer und der Großgrundbesitzer wird den Speiseschrank gut füllen und das wird viel zu seiner Beruhigung beitragen. Anders der Landarbeiter. Diejenigen Lebensmittel, die ihm laut Tarif vom Unternehmer geliefert werden sollen, sind in sehr vielen Fällen nicht von ausreichender Güte. In der Hauptsache fehlt Fleisch und Fett. Die Zeit der Ernte ist da. Sie ist für den Landarbeiter die schwerste Zeit des Jahres. Es ist notwendig, daß dem Landarbeiter wenigstens für diese Zeit die gleiche Menge Fett und Fleisch wie der städtischen Bevölkerung zugewiesen wird. Mögen diese Zeilen die betreffenden Stellen zur Lieferung veranlassen. Aber es tut Eile not!"

Thorn. Laut „Fr. Presse" haben sich die S. P. D.-Thorn und die U. S. P.-Thorn dahin geeinigt, die beiden Verbände zu einem einzigen zu verschmelzen.

Elbing. Die Firma Komnick hat 319 Arbeitern gekündigt. Weitere Entlassungen stehen bevor.

Zu einer handgreiflichen Auseinandersetzung wegen Wucherpreisen für Pilze kam es hier auf dem Wochenmarkt. Handelsfrauen aus Ikenheim verkauften Pilze, das Liter zu zwei Mark. Einige Arbeiter zwangen die Verkäufer unter Drohungen, den ganzen Pilzvorrat zum Preise von 1,60 Mark, dem angeblichen Einkaufspreis, zu veräußern. Auf dem Fischmarkt verkauften Elbinger Handelsfrauen ebenfalls Pilze zu 2 Mark das Liter. Hier kam es deshalb zwischen Arbeitern und den Frauen zu Schlägereien und wüsten Beschimpfungen. Auch der Arbeiterrat, der den Frauen beistand, wurde von den Arbeitern mit allen möglichen Kosenamen bedacht.

Schwetz. Im Kreise Schwetz hat irgendeine polnische Regierung die Frühkartoffeln beschlagnahmt.

Thorn. Die Ratten verlassen das sinkende Schiff. Man muß nur immer von neuem die Vaterlandsliebe bewundern, die aus den Kreisen des Großgrundbesitzes in der Stunde der Not — nicht bewiesen wird. Eine Notiz in der „Thorner Zeitung" berichtet von einer Stadtverordnetensitzung des Städtchens Schönsee folgendermaßen:

Die Stadtverordneten unseres mit Steuern überlasteten Städtchens, die bis auf ein Mitglied alle deutsch sind, bewilligten in ihrer letzten Sitzung für die bevorstehende polnische Nationalfeier 4000 Mark. Bei dieser Gelegenheit wurde auf polnischer Seite ausgeplaudert, daß bereits eine ganze Anzahl von Deutschen größere Beträge zu dieser Feier gezeichnet haben, u. a. ein Gutsbesitzer in unmittelbarer Nähe von Schönsee 500 Mark. Das alles geschieht jetzt schon, wo noch deutsche Soldaten hier liegen. Was werden wir erst an nationaler Würdelosigkeit erleben, wenn die Polen wirklich die Herrschaft übernommen haben.

Nimmt denn das wirklich so Wunder? Geschweifwedelt haben sie immer. Früher vor den Hohenzollernschen Herren und jetzt eben vor neuen polnischen Starosten, deren Peitsche sie fürchten. Basta! „Weß' Brot ich esse, des Lied ich singe."

Königsberg. Die Wohnungsnot ist hier soweit gestiegen, daß sich der Magistrat zu der Verfügung gezwungen sieht, daß keine Lebensmittelkarten erhalten soll, wer ohne vorherige Genehmigung des Demobilmachungsausschusses zugezogen ist. Ebenfalls wird mit dem zwangsweisen Abschub

Aus aller Welt.

Goldschieber.

Große Goldschiebungen sind in Frankfurt a. M. aufgedeckt worden. Der Führer der Goldschiebergesellschaft ist ein holländischer Fabrikdirektor, ein geborener Deutscher. Die polizeilichen Untersuchungen brachten bei einem Zahntechniker mehrere hundert Zwanzigmarkstücke zutage, von denen das Stück zu hundertfünfunddreißig Mark verkauft werden sollte. Weiter fand man bei dem Vater des Zahntechnikers eine größere Summe Silbergeld. Bei einem Uhrenhändler beschlagnahmte die Polizei für mehr als 7000 Mk. Silbermünzen. Bei dem 23jährigen Moritz Malinial fand man im Bett einen Goldbarren von 18 Pfund Gewicht im Werte von nahezu 90 000 Mk. Bei einem anderen Schieber entdeckte man mehr als 5000 österreichische Kronen und eine größere Summe in guten alten deutschen Reichsbanknoten. Die gesamten beschlagnahmten Gold- und Banknotenvorräte wurden der Reichsbank überwiesen.

Riesenfälschungen von Zigaretten-Banderolen.

In Berlin ist man Fälschungen von Steuerbandrolen für Zigaretten auf die Spur gekommen. Die Hauptvertriebsstelle der gefälschten Steuerbänder befand sich in dem Café Sixtus in der Friedrichstraße 127, dessen Inhaber Otto Schultz die Fälschungen ganz offen an Leute, die er kannte, verkaufte. Schultz wurde verhaftet, ebenso der Besitzer der Druckerei, in der die Fälschungen hergestellt worden waren. Gleichzeitig konnten noch mehrere Hunderttausend gefälschter Banderolen beschlagnahmt werden.

Hungerstreik.

Im Zentralgefängnis zu Dortmund sind 42 Personen, die seit mehr als drei Monaten in Schutzhaft sitzen, in einen Hungerstreik eingetreten, um ihre sofortige Freilassung zu erwirken.

Gemälde-Diebstahl.

Aus einem Saal der Hamburger Kunsthalle ist ein wertvolles Oelgemälde des Hamburger Malers Johann Faber, darstellend eine Berglandschaft bei Olevano in Italien mit der Jahreszahl 1824, mitsamt dem Rahmen gestohlen worden.

Oeffentlich gebrandmarkt.

An einem der letzten Tage prangten in dem von den Belgiern besetzten Krefeld an den Anschlagsäulen über Nacht angeschlagene große Plakate, die an der Spitze einen Mädchenkopf zeigten und darunter etwa 30 Namen von Krefelder Mädchen und Frauen. Darauf folgten die Worte: „Weitere Bemerkungen überflüssig!" Durch diese Plakate sollten diejenigen Frauen und Mädchen, welche mit Soldaten der Besatzungsarmee Beziehungen unterhielten, öffentlich gebrandmarkt werden. Die Plakate haben die Wirkung gehabt, daß sich kein Mädchen mehr mit einem belgischen Soldaten auf der Straße zu zeigen wagt.

Soziales.

Armenrecht.

Ueber das Armenrecht besteht noch bei den Arbeitern eine große Unkenntnis. Diese Zeilen sollen nun dazu dienen, denjenigen, die gezwungen sind, das Armenrecht bei einem Prozeß in Anspruch zu nehmen, einige Aufklärung zu geben.

Nach dem § 114 der Zivilprozeßordnung hat derjenige, der außerstande ist, ohne Beeinträchtigung des für ihn und seine Familie notwendigen Unterhalts die Kosten des Prozesses zu bestreiten, Anspruch auf Bewilligung des Armenrechts. Voraussetzung ist, daß die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung nicht mutwillig oder aussichtslos erscheint. Die weitverbreitete Ansicht, daß durch die Ausstellung des Armenattestes auch das Armenrecht bewilligt ist, ist irrig. — Durch die Ausstellung des Armenattestes wird nur von der Gemeindebehörde bescheinigt, daß der Betreffende auf Grund seiner Vermögensverhältnisse nicht in der Lage ist, die Kosten des Prozesses zu bestreiten. Das Armenrecht wird von dem zuständigen Gericht nach Prüfung der Sache erteilt. Durch die Erteilung des Armenrechts erlangt die Partei die einstweilige Befreiung von der Bezahlung der Gerichtskosten. Wenn erforderlich, wird auch ein Rechtsanwalt unentgeltlich gestellt. — Stellt sich jedoch heraus, daß eine Voraussetzung der Bewilligung nicht mehr vorhanden ist, so kann das Armenrecht jederzeit entzogen werden. Da durch das Armenrecht nur die einstweilige Befreiung von der Zahlung der Gerichtskosten erlangt wird, ist die im Armenrecht klagende Partei nicht vor den Nachteilen eines verlorenen Prozesses geschützt. Verliert diese Partei den Prozeß, so hat sie die Gerichtskosten zu zahlen, sobald sie ohne Beeinträchtigung des für sie und ihre Familie notwendigen Unterhalts dazu imstande ist. — Die Bewilligung des Armenrechts hat auf die Verpflichtung zur Erstattung der dem Gegner erwachsenden Kosten keinen Einfluß. Diese Kosten sind sofort zu erstatten und können vom Gegner im Zwangswege beigetrieben werden.

Gegen den Beschluß, durch den das Armenrecht verweigert oder entzogen wird, kann Beschwerde erhoben werden.

Gewerkschaftliches.

Wichtig für Beamte.

Mit dem 17. Juli haben die geheimen Personalakten ihr Ende erreicht.

Der elende Zustand ist beseitigt, der immer die Möglichkeit bot, mit einem Federstrich, mit einem schlechten Bericht die ganze Laufbahn des Beamten zu zerstören. Es ist das Verdienst der Sozialdemokratie, daß sie es war, die in der Beratung den entscheidenden Passus einbrachte und durchdrückte, daß jeder Beamte das Recht hat, seine Akten selbst einzusehen. Er darf sich auch Auszüge aus seinem Personalausweis zu machen, vor allem ist es verboten, die Akten etwa vorher zu „reinigen". Die Beamtenausschüsse müssen darüber wachen, daß dies neue Recht den Beamten nicht geschmälert und verkümmert wird.

Wir wollen in diesem Zusammenhang noch erwähnen, daß auf Antrag der Sozialdemokraten im Disziplinarverfahren künftig ein Wiederaufnahmeverfahren zu ermöglichen ist. Eine Degradation der Beamten ist künftig ebenfalls ausgeschlossen und alle Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte, wie Eheverbot usw., sind gefallen.

Parteinachrichten.

Geforderte Amnestie für politische Vergehen.

Nach der „Münchener Post" ist in der Generalversammlung der sozialdemokratischen Partei Münchens ein Antrag angenommen worden, der eine Amnestie für politisch Verurteilte fordert.

Genosse Immanuel Birnbaum

aus München, bisher freier Schriftsteller und ständiger Mitarbeiter an der Parteipresse, ist am 25. Juli in die Redaktion des „Bremer Volksblattes" eingetreten, um den politischen Teil zu bearbeiten. Der leitende Redakteur der Zeitung, Genosse Hans Donath, der im April d. Js. von der bremischen Nationalversammlung als einer der zehn sozialdemokratischen Senatoren in die vorläufige Regierung Bremens gewählt wurde, ist für die Zeit seiner weiteren Tätigkeit in der Regierung beurlaubt worden. Seine gelegentliche Mitarbeit wird dem Blatte jedoch erhalten bleiben.

Verantwortlich für Redaktion: Ernst Loops; für Inserate: Bruno Ewert; Verlag: J. Gehl u. Co. Druck Fuchs u. Cie. in Danzig.

Zoppoter Stadttheater.
Donnerstag, den 31. Juli, abends 7½ Uhr: Letztes Auftreten von Arno Lenhardt. „Die Rose von Stambul". Operette in 3 Akten von Leo Fall.
Freitag, den 1. August: 4. Gastspiel Maria Fein vom Deutschen Theater in Berlin. „Maria Stuart". Trauerspiel von Friedrich von Schiller.
Sonnabend, den 2. August: Gespenster.
Sonntag, den 3. August: „Wo die Lerche singt". Operette in 3 Akten von Dr. A. M. Willner und Heinz Reichert.

Herrenhüte in großer Auswahl
Großer Posten echte Dauerwäsche
soeben eingetroffen.
Sämtliche Herrenartikel
empfiehlt
Danziger Hut-Zentrale Inhaber H. Lehmann,
Altstädtischer Graben Nr. 16 (Hotel de Stolp).
Mitglieder dieser Zeitung erhalten 10% Rabatt.

Fahrräder!
Neue und gebr. Damen- und Herren-Fahrräder mit ...
Sämtliche Ersatz- und Zubehörteile billig.
Versand u. Verkauf im großen u. kleinen Mengen.
Danziger Fahrrad-Vertrieb
Max Willer,
... Danzig ...

In allen Größen neu eingetroffen:
Belegte Spiegelgläser
geschliffen und ungeschliffen.
Bilderleisten
sowie eingerahmte
Bilder für Geburtstags- und Hochzeits-Geschenke
in großer Auswahl zu soliden Preisen.
Bildereinrahmungs-Geschäft **Wilhelm Zamory,**
Glasermeister Tischlergasse 22.

Der Wanderer
von A. Fendrich.
Mit acht Tafeln und zahlreichen Textabbildungen nach Originalaufnahmen.
Preis: 2,25 Mark.
Buchhandlung
Volkswacht,
Paradiesgasse 32.

Suchen Sie eine
Stellung oder Arbeit?
So inserieren Sie in der
Volkswacht.
Die Zeile kostet 15 Pfennig.
Selbst das kleinste
Inserat
wird
gelesen.

Freie Turnerschaft Danzig.
Turnstunden d. Männer- und Frauen-Abteilung
jeden
Montag u. Donnerstag
von 7½—9½ Uhr abends in der Turnhalle Rehwiedergasse, gegenüber der Fortbildungsschule.
Der Vorstand.

Wer bar Geld braucht
schreibe direkt an R. Liedtke, Danzig, Paradiesgasse ...

Kleine Fuhren
macht Hint. Adl. Brauh. 6 ...

Platin
Gold- und Silbersachen, Münzen, Tressen, sowie Zahngebisse kauft
M. Jacobsohn,
Breitgasse 109.
Fernsprecher 1751.

Altertümer
kauft stets
Brinckmann, Danzig,
Jopengasse 15. Tel. 1049.

Tüchtige Einlegerin
sofort gesucht.
Buchdruckerei Volkswacht,
Am Spendhaus 6.

Notizbücher, Kartenbriefe, Briefpapier, Tintenstifte
u. a. Schreibwarenartikel kaufen Sie sehr vorteilhaft in der
Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse 32.

Packkisten,
große, schwere, zum Transport von Umzugsgut geeignet, hat zu verkaufen
Volkswacht, Spendhaus 6, Neubau.